

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 130 · 11. JAHRGANG · AUSGABE 11/2005 VOM 4. NOVEMBER 2005 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | »SPD wird auch diese Koalition überleben«

Barnimer SPD-Basis hat Bauchschmerzen

7-10 |

Der Thesenanschlag zu Eberswalde

Von den Eberswalder Montagsdemos

14 |

Deutschland einig Vaterland

Betrachtungen und Erinnerungen (2)

Für alle, die mal in der Schule waren oder noch Schüler sind:

14 Schüler in der Klasse statt 28?

von Dr. Rainer Thiel

Das ist die Schlüsselfrage besserer Bildung: Alle anderen Probleme würden leichter lösbar. Da es gegenwärtig weniger Kinder gibt, brauchte man nicht einmal mehr Lehrer. Einst fragte ich Leute: »Könnt Ihr Euch vorstellen, daß die Schule Freude macht?« Da zeigten mir viele den Vogel. Jetzt frage ich: **Was wäre, wenn im Klassenzimmer 14 Schüler säßen statt 28?**

Lies die 17 Fragen durch und versuche, sie alle und jede einzeln zu beantworten. Je nachdem, wie die Frage lautet, stelle Dir vor, Du wärest Schüler, Mutter oder Vater, Lehrer, Pädagogikprofessor, Polizist, Pfarrer, Unternehmer, Psychotherapeut, Philosoph, Historiker usw. Du hast genug Verstand, um Dich in die Lage verschiedener Leute hineinzudenken. Und nun beginne!

1. Die meisten Schüler sagen: »Das wäre schön (o.k., cool, geil). Da könnte ich öfter meine Meinung sagen.« Oder: »Da würden alle sehen, daß ich nicht blöd bin.« Oder: »Da würde LehrerIn merken, wie ich denke.«

2. Die kreativsten Schüler sagen: »Lieber 14 Schüler in der Klasse als 28. Und dann noch Zeit auf dem verlängerten Schulweg verträdeln? Mir reicht der Tag schon längst nicht aus für alles Schöne, Gute, Interessante.«



Lösungen in Eberswalde: Vom Schulstandort zum Altersheim. Die Reste der abgerissenen Rosa-Luxemburg-Schule im Brandenburgischen Viertel dienen der AWO als Basis für die geplanten Erweiterungen ihres Alters- und Pflegeheimes.

3. Wenn manche Schüler sagen: »Da müßte ich ja öfter reden.« Dann antworte ich: »Wie schade. Du bist ein stilles Wasser, aber tief. Nur nützt das nichts, wenn Du Dich nicht verständlich machen kannst. Nun lerne, Dich zu äußern. Das brauchst Du auch für spätere Berufsbewerbung.«

4. Lehrer sagen: »Das wäre wunderbar. Ich würde die Schüler überhaupt erst richtig kennen lernen. Und könnte ganz anders unterrichten. Locker, fröhlich, auch mal was ausprobieren jenseits vom Frontal-Unterricht. Aber wie es jetzt ist – da muß ich immer nur aufpassen, daß gelangweilte Schüler nicht abschalten oder ausflippen. Und in den Pausen gegeneinander mobben. Jeder zweite Schüler ist gelangweilt. Das streift mich, ich weiß nicht, wie das weitergehen soll. Und dann Aufsätze beurteilen: Meist komme ich erst nach Wochen dazu. Da denken die Schüler längst an anderes. Ihr eigener Aufsatz interessiert sie dann nicht mehr. Schade um die Arbeit, auch wenn es keiner laut sagt. Und auf die Individualität des Schülers kann ich überhaupt nicht eingehen. Die Kreuzchen im Formular und die Kopfnoten sind doch Hohn auf Individualität.«

5. Ein Lehrer schrieb: »Je stärker die Klasse ist, desto breiter ist das Mittelfeld. Der Lehrer wird sich ... mit den guten Schülern, ... auch mit den schwachen Problemschülern beschäftigen. Leidtragende sind die aus der Mitte, denen – aus Schülersicht – die Schule ein bequemes Dasein gestattet. Diese permanente Unterforderung, weil durch den Lehrer nicht genügend gefordert, führt oft genug zu einer laxen Lern- und Lebenseinstellung. Sie fordert förmlich zur Bequemlichkeit auf.« (Märkische Oderzeitung 30.6.2002, Zuschrift zu meinem Leserbrief vom 19.6.)

6. Bequemlichkeit ist nicht Zufriedenheit der Schüler, wenn ihnen das ABENTEUER »Lernen« durch die Schule selbst versagt bleibt. Raub an Jugendzeit, sie kehrt nie wieder.

7. Was sagen Eltern? »Schön wäre es, wenn die Kinder zufrieden aus der Schule kämen. Wenn sie lernend etwas erlebt hätten. Wir selber sind durch unsren Job genervt. Aber wir möchten abends auch mal locker mit den Kindern umgehen. Dann würden viele Erziehungsprobleme gar nicht auftreten.«

8. Was sagen Krankenkassen? »Die meisten Lehrer sind gestreßt. Das führt zu Unwohlsein und Krankheit. Das drückt auch aufs Budget, und alle müssen mehr bezahlen.«

9. Was sagt Professor Struck aus Hamburg? »Mit geringeren Schülerzahlen könnten moderne Schul- und Unterrichtsformen eingeführt werden.« Deshalb Klassen mit 18 Schülern! (Märkische Oderzeitung 11.6.01)

10. Was sagen Computer-Fans? »Dann könnte spätestens übermorgen in jedem Klassenraum ein Computer stehen. (Bei 28 Schülern ist das riskant und sinnlos.) Extra-Räume für Computer könnten eingespart werden.«

11. Was sagen Psychotherapeuten? Heute ist schon jedes dritte Kind verhaltensgestört, wenn es in die Kita eintritt. Die Kita-Gruppen sind

Fortsetzung auf Seite 3

DIE NÄCHSTE MONTAGSDEMO IN EBERSWALDE

FINDET WIEDER AUF DEM MARKTPLATZ STATT. BEGINN DER KUNDGEBUNG IST UM 16.30 UHR

Ein Brief aus Schwedt

Die Schwedter Montagsdemos gibt es noch immer. Wir haben jetzt das 60. Jubiläum. Unser Koordinierungskreis setzt sich aus ca. sieben Aktiven zusammen. Dabei kommt es auch vor, daß aus dem Ko-Kreis der eine oder andere den Mut verliert und nicht mehr mitmacht. Zum Glück gibt es aber immer wieder Ersatz. Wir möchten die Montagsdemos weiterhin als ein breites Bündnis durchführen. Vielen Dank besonders dem Ortsvorstand der Linkspartei. WASG-Mitglieder, DKP sind auch dabei und ein harter Kern von Betroffenen. Allen den Dank für ihr Durchhaltevermögen. Wir sind der Meinung: Aufhören mit den Montagsdemos kommt nicht in Frage, das wäre das Schlimmste. Obwohl wir bei den Teilnehmern weniger geworden sind (fünfzig bei der 58. und vierzig bei der 59.) geht es in Schwedt weiter. Organisatorisch werden wir etwas ändern müssen, auf Wunsch der Demonstranten: bisher folgte nach der Auftaktkundgebung auf dem Platz der Befreiung unsere Fahrrad-/Autodemo zu den Schwedtern Stadtteilen. Dabei nutzten wir die Möglichkeit, unsere Standpunkte per Mikrofon auch DEN Schwedtern in die Ohren zu säuseln, deren Interessen wir vertreten, die uns leider ignorieren und nicht an den Protesten teilnehmen. Nun wird es den Radfahrern zu kalt, zu glatt, zu dunkel, darauf müssen wir eingehen. Wir wollen aber nicht die Chance aufgeben, uns lautstark in den Schwedter Stadtteilen zu bewegen.

Der von der Stadtverwaltung vorgesehene Verkauf des Klinikums Uckermark an private Krankenhausbetreiber ist unser lokales Problem. Eine Bürgerinitiative hat die notwendige Anzahl Unterschriften gesammelt, so daß am 13. November ein Bürgerbegehren durchgeführt werden muß. Also eine richtige Wahl, deren Ergebnis für die Stadtverwaltung bindend ist. Dafür setzen wir bis zum 13. November unsere ganze Kraft ein. Wir wollen gewinnen und 8000 JA-Stimmen bekommen. Soviele (25% der Wahlberechtigten) sind erforderlich. Wir sind nicht allein, die Bürgerinitiative ist parteiübergreifend. Die Grünen und die Linken und Teile der SPD und CDU machen mit. Drückt uns die Daumen. Wir wollen, daß das Klinikum in kommunaler Hand bleibt. Hauptthema bei den Montagsdemos: Kein Verkauf des Klinikums an Private.

Den runden Tisch Soziale Gerechtigkeit gibt es auch noch immer. Hier machen wir jeden Monat eine Veranstaltung im Saal. Kein öffentlicher Protest, sondern Information und Diskussion zu sozialen Fragen, Brennpunkten der Politik usw. Beim vorigenmal waren wir 25 Personen.

Unabhängig von unserer lokalen Angelegenheit vergessen wir unsere gemeinsame Sache nicht. Vielleicht sehen wir uns am 5. November bei der bundesweiten Demo in Berlin?

KLAUS HELM, Koordinierungskreis der Schwedter Montagsdemo

Vernetzung zum Thema »Steusalz«

Eberswalde (agu/bbp). Mit dem Thema »Steusalzinsatz im Straßenwinterdienst« will sich die AG Umwelt der Linkspartei.PDS Barnim (AGU) auf ihrem nächsten Treffen am 11. November beschäftigen. Der ursprünglich vorgesehene Termin am 24. Oktober (BBP 10/2005) mußte aus organisatorischen Gründen verschoben werden.

EWITA-Nachlese:

Gewinnziehung der Preise vom Energieparcours

Eberswalde (prest-ew/bbp). Auf der EWITA 2005 hatten sich die Energie-Unternehmen etwas besonderes ausgedacht. Um den Besuchern die Energieregion Barnim-Uckermark näher zu bringen, waren die Stände über einen Energieparcours miteinander verbunden. Anhand eines Flyers wurde der Weg gewiesen. Dann war an jedem Stand eine Frage rund um das Thema Energie zu lösen. Der ausgefüllte Quizbogen konnte am Stand der Fachhochschule abgegeben werden. Viele Besucher/Besucherinnen hatten sich beteiligt, denn es winkten lukrative Preise, darunter auch ein Jahresabo der »Barnimer Bürgerpost«.

Aus der Vielzahl der richtigen Lösungen wurden Ende September im Wald-Solar-Heim in der Brunnenstraße die Gewinner gezogen. Als Glücksfee agierte Anne Christin Kaever

Als kompetenten Gesprächspartner haben sich die AGUler den Diplomchemiker Rudolf Behm eingeladen, der sich schon seit den 70er Jahren intensiv mit dem Thema beschäftigt. Einladungen gingen auch an die Eberswalder Basisgruppen des B.U.N.D. und des NABU. Die AGU hofft auf eine Vernetzung der verschiedenen Umweltinitiativen.

vom Berufsbildungsverein. Sie gehört zu den Gewinnern des internationalen Floristenwettbewerb auf der EWITA. Bei der Ziehung anwesend waren auch die Sponsoren der Hauptgewinne vom Büro für Energieberatung; von dieme Heizung, Lüftung, Sanitär; von der WHG Eberswalde; von der Solarfirma MP-Tec; von Repower Trampe; vom Waldsolarheim und von der Fachhochschule.

Die Veröffentlichung der Hauptgewinne erfolgte wenige Tage nach der Ziehung in der regionalen Tageszeitung.

Leider gab es noch keine Information an die Redaktion der »Barnimer Bürgerpost«, wer das BBP-Jahresabo gewonnen hat. Die Redaktion wird sich um Aufklärung bemühen und den Gewinn in der nächsten Ausgabe der »Barnimer Bürgerpost« verkünden.

9. Existenzgründertag im TGE

Der 9. Existenzgründertag Barnim/Uckermark findet am Samstag, dem 5. November 2005 im TechnoForum auf dem Technologie- und Gewerbepark Eberswalde (TGE) in der Zeit von 9.30 - 14.30 Uhr statt. Ein Höhepunkt ist die Verleihung des erstmals ausgelobten »Gründerpreis Barnim/Uckermark« zur Eröffnung der Veranstaltung. Der Existenzgründertag steht unter dem Leitmotiv »Existenzgründer für Existenzgründer - Tips und Erfahrungen aus der Gründerpraxis«. Schwerpunktthemen sind:

»Gründen – ja, aber wie?!« Jungunternehmen berichten aus der Praxis, die Kontaktbörse »Suche-Biete-Börse«, »Ohne Moos nix los – Gründungsstart mit Förderung?!«, »Probier's mal mit einer 'anderen' Idee – Franchising in der Praxis« sowie die Präsentation von Angeboten für Existenzgründer und Jungunternehmer durch Unternehmen und Einrichtungen in einer ganztägigen Ausstellung. Die Teilnahme ist kostenlos.

EBERHARD HIELSCHER, WITO GmbH Barnim (WITO-News Wirtschaft, Oktober 2005)

Toleranzpreis

Am 6. Oktober hat das Netzwerk »Für ein tolerantes Eberswalde« seinen diesjährigen Preis an ein beispielhaftes Projekt/Vorhaben zur Integration von Zugewanderten vergeben. Beworben hatten sich folgende Personen und Initiativen: die Theatergruppe Akzent gemeinsam mit dem Diakoniewerk Barnim gGmbH, die Vorleseinitiative der Barnim Uckermark Stiftung mit der Hauptinitiatorin Jenny Seifert sowie das Netzwerk bleibeberechtigter Zuwanderer in der Stadt Eberswalde mit seinem Handlungskonzept zur Aufnahme und Integration von Spätaussiedler/innen und anderen bleibeberechtigten Zuwander/innen in Eberswalde. Den Beginn der Veranstaltung im Ausstellungsraum des Jugend- und Kulturvereins Exil e.V. gestaltete die Theatergruppe Akzent mit einem 15-minütigen Auszug aus ihrem aktuellem Stück.

KAI JAHNS

»Was ist Antisemitismus?«

Der Historiker und Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung Wolfgang Benz stellte am 27. Oktober im Stadtmuseum Eberswalde sein im letzten Jahr erschienen Buch »Was ist Antisemitismus« vor. »Gibt es einen neuen Antisemitismus in Deutschland und Europa?«, »Wieviele Israelkritik ist hierzulande erlaubt?« und vor allem »Was genau ist Antisemitismus überhaupt?«, sind die Fragen, denen er darin nachgeht. Wolfgang Benz analysiert konkrete Vorfälle wie etwa die Affäre Hohmann, den Streit um Jürgen Möllemann oder auch die zahlreichen Briefe, die in den letzten Jahren beim Zentralrat der Juden in Deutschland eingegangen sind. Die Veranstaltung wurde von Heike Radvan moderiert. Frau Radvan ist bei der Amadeu Antonio Stiftung für die Projekte gegen Antisemitismus verantwortlich.

KAI JAHNS

Schulbusverkehr:

Weniger Schüler aber weitere Fahrten

Eberswalde (bbp). Auf 108 Kraftomnibusse und fünfzehn elektrisch betriebene Oberleitungsbusse konnte die Barnimer Busgesellschaft (BBG) Ende 2003 zurückgreifen, um die damals bestehenden 47 Regional- und 6 Stadtlinien zu bedienen. Dies ist dem erst kürzlich veröffentlichten Beteiligungsbericht des Landkreises Barnim für das Jahr 2003 zu entnehmen.

Durch gestaffelte Schulanfangszeiten, heißt es darin, konnte der Vormittagsverkehr effektiviert werden. Die dabei erzielten Einsparungen wurden für ein verbessertes Verkehrsangebot am Nachmittag, insbesondere im Raum Bernau, eingesetzt. Allerdings, so wird festgestellt, sei der erwartete Effekt von höheren Fahrgastzahlen nicht feststellbar gewesen. Ungeachtet

dessen stieg die Betriebsleistung der kommunalen Busgesellschaft deutlich an.

Im Jahr 2003 profitierte das Unternehmen von den Baumaßnahmen der Deutschen Bundesbahn zur Streckenerneuerung, wodurch die Erlöse aus dem Schienenersatzverkehr um fünfzig Prozent anstiegen.

Die Schülerbeförderung hingegen war weiter rückläufig und sank gegenüber dem Schuljahr 2002/2003 um 4,4 Prozent. Der Tiefststand der Schülerzahlen wird zum Schuljahr 2007/2008 erwartet. Allerdings werde die absehbare Schließung weiterer Schulstandorte auch zu einem weiteren Anstieg der mittleren Reiseweite im Schülerverkehr führen, heißt es in dem Bericht.

Fraktion Grüne/Freie Wähler im Kreistag Barnim:

Geplante Schulbuskosten viel zu hoch

Die Kreistagsabgeordneten und Sachkundigen Einwohner der Fraktion Grüne/Freie Wähler beschlossen auf ihrer letzten Fraktions-sitzung einstimmig, auf eine Änderung der geplanten Schülerbeförderungssatzung hinzuwirken. Grüne und Allianz Freier Wähler schlagen vor, für das erste Kind 100 Euro und für das zweite Kind 50 Euro zu erheben. Alle weiteren Kinder sollen kostenlos befördert werden.

Noch vor einem Jahr lehnte der Kreistag eine Elternbeteiligung generell ab. Jetzt muß auf Druck des Landes Brandenburg ein »angemessener« Elternbeitrag erhoben werden. Die von der Kreisverwaltung geplante Kostenbeteiligung und die daraus resultierende Entlastung des Kreishaushaltes in Höhe von 780.000 Euro betrachten Grüne/Freie Wähler allerdings als viel zu hoch, kinderunfreundlich und letztendlich kontraproduktiv. Die Elternbeiträge sollten so bemessen sein, daß sie die Forderungen des Landesgesetzes erfüllen, aber gleichzeitig die Schulbusnutzung attraktiv bleibt. Wenden

sich infolge zu hoher Beiträge zahlreiche Eltern von der öffentlichen Schülerbeförderung ab, entstehen höhere Defizite bei der Barnimer Busgesellschaft, die wiederum vom Landkreis ausgleichen werden müssen.

Nach Meinung von Grünen/Freie Wähler ist nicht einzusehen, warum sich der Kreis Barnim vom bisherigen Verteidiger der Elterninteressen zu einem der Spitzenreiter unter den Landkreisen bei den Elternbeiträgen entwickeln soll. Das Bemühen der PDS um einen möglichst niedrigen Elternanteil wird von den Grünen/Freie Wähler durchaus anerkannt. Einen Beitrag in Höhe von 10,- Euro pro Jahr halten wir jedoch für rechtlich anfechtbar und in keinem gesunden Verhältnis zu den Verwaltungskosten stehend. Grüne und Allianz Freier Wähler hoffen daher, eine Mehrheit für ihren Vorschlag im Kreistag organisieren zu können.

THOMAS BERG (Fraktionsvorsitzender)
und Prof. JOHANNES CREUTZIGER
(Mitglied im Bildungsausschuß)

15 Jahre BSIJ:

Interessensentfaltung immer im Mittelpunkt

Im September 2005 feierte der BSIJ e.V. sein 15-jähriges Bestehen. Mit Freude können wir auf zahlreiche, erfolgreich umgesetzte Projekte zurückblicken. In den vergangenen Jahren haben viele Kinder und Jugendliche an unseren Aktivitäten teilgenommen. Ihnen wurden Möglichkeiten gegeben, ihre Umwelt zu entdecken, zu verstehen und selbst zu gestalten. Dabei stand die Entfaltung ihrer Interessen immer im Vordergrund.

Seit der Gründung des BSIJ e.V. 1990 hat sich der Verein stetig weiterentwickelt. Den Anfang machten einige junge engagierte Gründungsmitglieder. Ihr Anliegen war es zunächst, einen Eberswalder Jugendclub zu unterstützen und mehr Angebote von und für Jugendliche zu schaffen.

Bis heute hat der Verein sein Angebotsspektrum vielseitig erweitert und sich als fester Be-

standteil der Jugendarbeit im Landkreis Barnim etablieren können. Die Aktivitäten erstrecken sich über die Bereiche der Jugend- und Kulturarbeit, der sozial- und erlebnispädagogischen Arbeit, der Umweltbildung bis hin zur multiplikatoren Fortbildung und Beratung.

Die Realisation der Projekte wäre jedoch ohne die Kreativität und das Engagement ehrenamtlich Mitwirkender und Angestellter nicht möglich gewesen. Wichtig war in all den Jahren unseres Bestehens die enge Zusammenarbeit mit zahlreichen Partnern der Stadt Eberswalde und des Landkreises Barnim, sowie Schulen, Sponsoren, Organisationen und Privatpersonen. Der BSIJ e.V. möchte sich deshalb bei allen Beteiligten für die langjährige Unterstützung bedanken.

BSIJ e.V.

Fortsetzung von Seite 1

14 Schüler statt 28

aber oft doppelt so stark besetzt wie früher. Wenn dann aber 25 Kinder in der Schulklasse sitzen statt 15, können die Lehrer auch nicht mehr viel ausrichten.

12. Was sagen Polizisten? »Wenn Schüler ihren Tatendrang vernünftig im Unterricht bedienen könnten, hätten wir weniger Kriminalität. Und Schüler hätten mehr Vertrauen zu den Lehrern. Dann hätten es die Drogendealer nicht so leicht, wenn sie um Schulen schleichen.«

13. Was sagen Gewerbetreibende? Und Pfarrer ebenso wie Freidenker? »Wir müssen der Jugend auch WERTE vermitteln. Das geht nur, wenn Lehrer und Eltern nicht so gestreßt sind. Werte kann man nicht durch Moralpauken vermitteln. Werte vermitteln ist eine Kunst, die gelingt den Eltern und den Lehrern nur, wenn sie locker und fröhlich sind. Gestreßte Menschen können nur pauken, doch Werte können sie nicht vermitteln.«

14. Was sagt ein Philosoph? »Auch Kinder sind Menschen. Wenn ihr sie zu 28 in eine Klasse steckt und dann noch zu weiten Schulwegen zwingt, so nehmt ihr ihnen Lebenszeit und Würde und Freiheit. Den Gesetzen zuwider. Dann braucht ihr euch nicht zu wundern, wenn Kids euch auf der Nase tanzen.«

15. Was sagt vergleichende Geschichtsforschung? »Einerseits haben wir jetzt tausend Mal so viele Autos wie beim Kaiser. Da hat sich viel geändert. Andererseits: In den Schulstuben sitzen immer noch so viele Kinder wie beim Kaiser. Man muß ja die Klassenstärke nicht gleich durch tausend teilen. Doch durch zwei – das täte not.«

16. Und so bekäme man sogar ein bißchen mehr Frieden. Schon weil sich Eltern und Lehrer nicht mehr die Schuld für versäumte Erziehung zuweisen würden.

17. Bei besserer Bildung aber würden Politiker nach Demokratie und Recht und Qualität befragt. Das ist die einzige Garantie gegen Korruption.

Ist das nicht so? Und weil wir jetzt weniger Kinder haben, würde das nicht mehr kosten als bisher. Für Lehrer müßte der Staat kein Arbeitslosengeld und keine teure Abfindung zahlen. Auf dem Lande brauchten Schüler nicht mit dem teuren und gefährlichen Bus transportiert zu werden, wo sie nicht mal immer einen Sitzplatz haben. Auch Kosten für Leerstand und Abriß von Schulen würden vermieden. Der Steuerzahler würde verschont.

Warum aber werden immer mehr Kinder in die Klassenzimmer der Städte gepreßt? Ein Freund in Bonn am Rhein, hoher Beamter gewesen, CDU, Kirchgänger, Präsident eines vornehmen Vereins mit 6 Nobelpreis-Trägern, erzählte mir: Als Friedrich II. Schlesien erobert hatte, interessierte er sich für die Schulen. Da kam ein Bischof zu ihm und sagte: »Wollen Majestät sich nicht sorgen. Wer dumm ist, sündigt weniger.« Heute fühlen Politiker: Wer wenig gebildet ist, fragt nicht nach Demokratie, Rechtsstaat und Politik. Wer ungebildet ist, fragt nicht danach.

Zum Ergebnis der Bundestagswahl

Bei gebührendem Respekt vor der Souveränität des »Wählers« gibt es bei Beachtung menschlicher Eigentümlichkeiten psychologischer und mentaler Art im Zusammenhang mit vor der Wahl angewandten »Wahlkampfmethoden« der Parteien, der Presse und anderen Institutionen (Religionsgemeinschaften, Vereine) besondere Bewertungsmöglichkeiten. Wahlergebnisse sollen Positives bewirken. Die realistische Auswertung ist stets erst nachträglich möglich.

Setzt man grundsätzliche besondere Parlamentsentscheidungen mit positiver Resonanz in einer Mehrheit der Bevölkerung allgemeinen Wahlen gleich, haben wir in unserer Geschichte der letzten 100 Jahre reichlich schlechte Wahlerfahrungen zu registrieren: die Begeisterung zum Beginn des 1. Weltkrieges 1914 und die

Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933. Vergleiche zur heutigen Zeit haben zwar qualitative und quantitative Unterschiede, können m.E. in gleicher Richtung bewertet werden. Die Wahlkampfstrategie von Bundeskanzler Schröder mit intensiver Herabwürdigung der demokratischen Gegner unter bewußter Falschdarstellung deren Wahlprogramme (z.B. die Putzfrau sollte mit den 25 % Steuern das Wohlleben der Reichen noch mehr sichern) mit der beschwörenden Darstellung einer Verelendung vieler Menschen durch radikalen Sozialabbau zu Verhältnissen wie im 19. Jahrhundert (siehe MOZ vom 17./18. September 2005 – Zeitungsannonce mit Unterschrift Gerhard Schröder).

Damit wurde unter nicht wenigen Menschen Angst geschürt und es ergab sich das nur für

eine große Koalition mögliche Wahlergebnis. Anzulegen ist allerdings auch, daß CDU/CSU und FDP gegen die Falschdarstellungen der SPD so gut wie nichts überzeugendes unternehmen haben.

Leider brachte auch die FDP ihr Sozialprogramm mit Steuerfreibeträgen, vertretbaren Steuersätzen, der Einführung des Bürgergeldes und einer realistischen Gesundheitsversorgung wirklich für »Jedermann« (alles nachzulesen im gedruckten Parteiprogramm zur Wahl) nicht genügend zu den Bürgerinnen und Bürgern. Die extrem hohe Staatsverschuldung und das Fehlen von uns reichmachenden Bodenschätzen in unserem Land verlangt die Steigerung der Wertschöpfung durch die Wirtschaft und den Abbau kostspieliger unnötiger Bürokratie!

Dr. med. SIEGFRIED ADLER

»Die SPD wird auch diese Koalition überleben«

Eberswalde (bbp). Für viele SPD-Mitglieder ist derzeit »Kröten schlucken« angesagt. Die Skepsis einer »Großen Koalition« gegenüber ist an der Basis weit verbreitet. Auch bei den Jusos Barnim und in der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) Barnim beschäftigten sich die Genossinnen und Genossen frühzeitig vor der Wahl mit dem Eintreten dieser möglichen politischen Konstellation beschäftigt und haben – sowohl in der SPD als auch in der Öffentlichkeit – massiv davor gewarnt. In einem Rundbrief, der u.a. auch an den im Wahlkreis Oberbarnim/Uckermark direkt gewählten SPD-Bundestagsabgeordneten Markus Meckel adressiert war, äußern die Vorsitzenden der Jusos Barnim und der AfA Barnim, Martin Ehlers und Andreas Steiner, Bedenken über das Fehlen einer parteiinternen Debatte. »Ja, im Wahlkampf«, heißt es in dem Rundbrief, »da sollten wir uns alle vor die Stände stellen und den Leuten erzählen, wie schlimm es doch wäre, wenn die CDU an die Macht kommt. Wir machten den Leuten klar, daß Kopfpauschale, 18%-Merkelsteuer, Wegnahme der Tarifverträge, weitere Entlastungen für die Reichen usw.

schädlich, teuflisch, ja sogar tödlich für unsere soziale Marktwirtschaft sein werden ... Wir hatten außerdem zu bieten, daß wir für eine Reichensteuer, gesetzlichen Mindestlohn, solidarische Bürgerversicherung, Aufbau Ost und wer weiß nicht alles noch für tolle Dinge gewesen sind. Mein Gott, was hatte man sich den Mund fusselig geredet. Ich erinnere mich ziemlich genau daran, warum viele Leute uns wählten.« Viele Wählerinnen und Wähler hätten die SPD als das kleinere Übel gesehen.

Doch nach der Wahl änderte sich selbst das Internetangebot der SPD sehr schnell. Statt der Kommentare gegen die CDU vom Kanzler oder dem Parteichef stünden jetzt so was wie »Wir wollen eine stabile Regierung für vier Jahre« (Zitat Schröder) oder »Die sozialdemokratische Idee hat neue Impulse bekommen. Mitglieder, Wählerinnen und Wähler haben neu verstanden, daß die SPD gebraucht werde für eine soziale und demokratische Politik, für Innovation und Gerechtigkeit« (Müntefering auf www.spd.de).

Beide haben damit Recht, meinen die beiden Barnimer Sozialdemokraten. Es sei jedoch ein Widerspruch in sich, daß man eine stabile Re-

gierung mit Merkels oder Stoibers hinbekommt. Die sozialdemokratische Idee ist in gewisser Weise bei den Leuten angekommen, »jedoch aus Angst vor den Schwarzen oder den Linken«. Schon der Beginn von Gesprächen mit der CDU sei Verrat am Wähler. Als Folge sei ein weiteres Erstarken der Linkspartei zu befürchten, was sich für die SPD bei den nächsten Kommunal- und Landtagswahlen als Katastrophe darstellen werde.

Für sich persönlich befürchten die SPD-Genossen, die sich an den Infoständen engagierten und gegen die CDU wetterten, daß sie nun als Lügner dargestellt werden könnten, was manche im Bekanntenkreis schon täten.

»Aber wie auch immer«, schließt der Rundbrief, »die Lage ist wie sie ist, ich werde wenig daran ändern können, somit muß ich es hinnehmen, wie schon z.B. Hartz I-IV, Dienstleistungsrichtlinie, Basel II, Demoverbot an den Castorstrecken, RFID-Chips, Große Koalition in Brandenburg und sicher noch eine oder andere Kröte schlucken. Trotzdem wird es weiter gehen, denn auch eine 'Große Koalition' wird und muß die SPD überleben!« (<http://www.afa-barnim.de>)

Kreisparteitag

Eberswalde (bbp). »Nach dem aus unserer Sicht erfolgreichen Wahlkampf ist es nun wieder an der Zeit, sich den Schwerpunkten der Politik im Landkreis Barnim zuzuwenden«, teilte der Kreisvorsitzende der Linkspartei PDS Barnim Ralf Hoppe mit. Neben der Auswertung der Bundestagswahl wird sich am 5. November ein Kreisparteitag mit den Zielstellungen der Barnimer Linken für die weitere kreisliche und regionale Entwicklung befassen. Bei dem geplanten Kreisparteitag handelt es sich seit Februar 2004 um die erste Delegiertenkonferenz der Partei. Zwischenzeitlich war die PDS dazu übergegangen, wichtige Fragen der Kreispolitik in Gesamtmitgliederversammlungen zu behandeln.

Ländliche Entwicklung

Eberswalde (bbp). Im August hat der Kreistag Barnim das Integrierte Ländliche Entwicklungskonzept (ILEK) beschlossen. Grundlage ist eine Richtlinie des brandenburgischen Umweltministers, die die bisherigen Förderrichtlinien für die Dorferneuerung, den ländlichen Wegebau sowie die Entwicklung des ländlichen Raumes zusammenfaßt. Sie ist Basis für die konzentrierte Förderung investiver Maßnahmen im ländlichen Raum.

Das in nur einem halben Jahr erarbeitete ILEK ist künftig für den Fördermittelgeber, vertreten durch die Regionalstelle des Landesamtes für Verbraucherschutz, Landwirtschaft und Flurneuordnung in Prenzlau, Grundlage

für die Gewährung von Zuwendungen an kommunale und private Antragsteller für »richtlinienkonforme Projekte unter Ausreichung des Höchstfördersatzes«.

Vorrangig sollen Projekte gefördert werden, von denen eine positive Wirkung auf die Arbeitsmarktsituation durch Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen erwartet werden kann. Das ILEK enthält eine nach Prioritäten geordnete Liste bewilligungsreifer Projekte. Diese Liste soll zweimal im Jahr überarbeitet werden. Parallel dazu soll auch neuen Ideen und Initiativen Rechnung getragen werden, was ggf. zur Überarbeitung und Anpassung von Zielen und strategischen Leitlinien des ILEK führen kann.

Stadtwerke Eberswalde GmbH, Geschäftsbericht 2004:

Gute Aussichten auch für 2005

Eberswalde (bbp). Auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2004 kann Stadtwerke-Geschäftsführer Jörg Thiem zurückblicken. Der kommunale Energieversorger konnte seinen Jahresüberschuß mit 2,743 Millionen Euro im Vergleich zum Jahr 2003 (1,288 Mio Euro) mehr als verdoppeln. 2 Millionen Euro davon werden an die Gesellschafter ausgeschüttet. Die Technischen Werke Eberswalde, die den 26prozentigen städtischen Anteil halten, können eine Einnahme von 520.000 Euro verbuchen.

Der für die Bewertung des Unternehmens wichtige Cash-Flow lag 2004 bei etwa 9,6 Millionen Euro (2003: 6,6 Mio Euro). Dieser Mittelzufluß ermöglicht nicht nur die Ausschüttung der zwei Millionen Euro, sondern auch die Reduzierung der Verbindlichkeiten der Stadtwerke um 4 Millionen auf 21,8 Millionen Euro. Eine wichtige Voraussetzung für künftige Ertragssteigerungen.

Der Umsatz stieg von 32,0 auf 33,8 Millionen Euro. Dabei mußte die Stromsparte einen Rückgang der verkauften Energiemenge um 2,4 Prozent auf 124.299 MWh (2003: 127.402 MWh) verzeichnen. Verantwortlich war dafür insbesondere der Wechsel eines Großkunden zu einem anderen Anbieter. Diese Verluste wurden durch Mehrabnahmen von eigenen Kunden nur zum Teil kompensiert. Trotz des mengenmäßig niedrigeren Absatzes stiegen die Erlöse aus dem Stromverkauf um 9,1 Prozent auf 16,0 Millionen Euro (2003: 14,7 Mio Euro). Verantwortlich dafür sind die gestiegenen Einnahmen aus der Netznutzung, gestiegene Weiterberechnungen der EEG-Einspeisemengen, Tarifierhöhungen sowie Erstattungen aus der Stromsteuer. Obwohl der Fremdbezug von Strom zur Weiterverteilung gegenüber dem Vorjahr um 0,6 % zurückgegangen ist, sind die Strombezugsaufwendungen um 9,9 % gestiegen. Dies resultiert insbesondere aus den Belastungen gemäß EEG (Mehreinspeisung, gestiegene Rückkaufmenge). Mit 1,6 Millionen Euro entspricht die gemäß KWKG und EEG eingekaufte Energie 23,5 % der gesamten Stromkosten. Für die eigene erzeugte und eingespeiste Strommenge ergibt sich eine Weiterberechnung aus dem KWKG in Höhe von 564.000 Euro.

Positiv entwickelte sich der Gasabsatz. Die verkauften Mengen stiegen von 295.000 auf 309.000 MWh (+4,6 %), die Einnahmen von 11,3 auf 12,1 Millionen Euro (+7,2 %). Hier

trugen vor allem 3 Großkunden zum höheren Absatz bei, wodurch der vor allem durch das mildere Wetter bedingte Rückgang von 1,5 % bei den Tarifkunden mehr als ausgeglichen werden konnte.

Weiterhin rückläufig ist hingegen der Fernwärmeabsatz. Hier sank die Menge um 5,9 % von 94.000 auf 88.000 MWh und die Einnahmen um 5,2 % von 5,7 auf 5,4 Millionen Euro. Wesentliche Gründe hierfür sind die Reduzierung der fernwärmebeheizten Wohnungen aufgrund von Leerstand und Rückbau sowie weitere Sanierungsarbeiten zum Vollwärmeschutz. Allein hieraus resultieren rund 4.000 MWh weniger Absatz. Die Bezugskosten des zu 35,2 Prozent in den Erzeugungsanlagen der Fernwärmeversorgung und im BHKW zur Stromerzeugung verwandte Gases reduzierten sich 2004 gegenüber dem Vorjahr um 7,8 %, bedingt durch die Entwicklung des Öl- und Gasmarktes und der erfolgten Leistungspreiskappung durch die Fernwärmeerzeugungsanlagen.

Auch für das Geschäftsjahr 2005 erwartet Geschäftsführer Thiem weiterhin eine positive Gesamtentwicklung. Allerdings könnte die Entwicklung der Gaspreise das Ergebnis negativ beeinflussen. Das Hauptaugenmerk der Geschäftsführung gilt vor allem der Sicherung der Marktposition der Stadtwerke im Versorgungsgebiet auch unter den Bedingungen der anstehenden Änderungen des Energiewirtschaftsgesetzes. Die Investitionstätigkeit wird sich, wie schon in den Vorjahren, hauptsächlich auf die Erhaltung der Versorgungssicherheit der Netze und der weiteren Optimierung der Strom- und Fernwärmeerzeugung auf der Grundlage des KWKG-Gesetzes konzentrieren.

Vor dem Hintergrund des weiteren Rückgangs der Einwohnerzahl, des Leerzugs und Rückbaus von fernbeheizten Wohnungen und des sich verstärkenden Sparverhaltens der Mieter wird ein weiterhin rückläufiger Fernwärmeabsatz erwartet. Jörg Thiem sieht die Ertragslage der Fernwärmesparte daher kritisch. Um diesem Risiko entgegenzuwirken haben die Stadtwerke außerplanmäßige Abschreibungen an den Erzeugungsanlagen und am Fernwärmenetz vorgenommen. Weitere Risiken, so Thiem, könnten aus der Entwicklung der Strom- und Gasbezugspreise sowie aus möglichen Anfechtungen der Gaslieferpreise durch Kunden resultieren.

Fernwärmesatzung aufheben?

Eberswalde (bbp). Nach dem beschlossenen Verkauf der letzten kommunalen Anteile an der Stadtwerke Eberswalde GmbH hat jetzt die Stadtfraktion der »Allianz freie Wähler« (AfW, vormals BKB/Freie Wähler) beantragt, die städtische Fernwärmesatzung, nach der in bestimmten Gebieten ein Anschluß- und Benutzungszwang besteht, aufzuheben. Hauptgrund ist die mit dem Verkauf weggefallene rechtliche Grundlage (§ 1): »Die Stadt betreibt durch die Stadtwerke Eberswalde GmbH ... öffentliche

Fern- und Nahwärmeversorgungsanlagen«. Die Aufrechterhaltung der Satzung würde daher die Rückabwicklung der Anteilsverkäufe notwendig machen. Die AfW verweisen zudem darauf, daß heute eine effiziente und ökologische Wärmeenergieversorgung nicht mehr an eine Struktur wie den Stadtwerken gebunden sei. Deren mit der Fernwärmesatzung manifestierte Monopolstellung verhindere vielmehr, daß die Vermieter mit eigenen Anlagen selbst effektive Lösungen für ihre Mieter suchen.

Spendenbericht

Eberswalde (bbp). Der Bürgermeister soll der Stadtverordnetenversammlung künftig regelmäßig einen Spendenbericht vorlegen. Diesen Vorschlag will die Fraktion der Linkspartei. PDS den Eberswalder Stadtverordneten unterbreiten. In dem Spendenbericht sollen alle Spenden ab 500 Euro mit Verwendungszweck und Spender, die Verwendung der Spenden sowie die Höhe der Spendensumme, deren Verwendung noch nicht realisiert wurde, aufgeführt werden. Die angespannte Haushaltssituation, heißt es in der Begründung der Beschlusvorlage, zwingt die Stadt Eberswalde zunehmend zu finanziellen Einsparungen bei freiwilligen Aufgaben. Zur Aufrechterhaltung der sozialen und kulturellen Infrastruktur gewinnen daher Spenden eine zunehmende Bedeutung. »Durch den Spendenbericht erfahren die Spender die entsprechende Wertschätzung. Zugleich wird der Öffentlichkeit die Bedeutung der Spenden für das soziale und kulturelle Leben in der Stadt verdeutlicht.« Die Fraktion erwartet, daß durch die Spendenberichte die Spendenbereitschaft der Eberswalder Bürgerinnen und Bürger aktiviert wird.

Link des Monats

www.zaubertraumland.de



Post vom Bürgermeister*

In der Ausgabe Nr. 129, 11. Jahrgang, 10/2005 vom 07.10.2005, auf Seite 5 wurde ein Auszug aus einem meiner Briefe an Sie als Mitglied der Stadtverordnetenversammlung veröffentlicht, ohne Hinweis auf die Fundstelle und dem Umstand, daß es sich a) um einen Auszug und b) um einen Brief handelt.

Die Darstellung des in Frage stehenden Textes erweckt beim Leser den Eindruck eines Wortbeitrages, der durch mich verfaßt wurde. Gemäß § 4 Abs. 2 Satz 4 des Brandenburgischen Landespressegesetzes dürfen Beiträge, gegen den Willen des Verfassers, die unter seinem Namen veröffentlicht werden, in ihrem Wesensgehalt nicht verändert werden. Vorliegend handelt es sich weder um einen Beitrag meinerseits noch wurde die Veröffentlichung durch mich veranlaßt.

Ich bitte Sie daher, zukünftig die Veröffentlichung vermeintlicher Beiträge Dritter genauer zu prüfen...

REINHARD SCHULZ,
Bürgermeister der Stadt Eberswalde

*Schreiben von Reinhard Schulz an die Redaktion der Barmer Bürgerpost vom 14. Oktober 2005, leicht gekürzt. Vorstehender Text wurde bearbeitet von der Mitarbeiterin der Stadtverwaltung Frau Jahn und unterschrieben von Bürgermeister Reinhard Schulz. Der Beitrag wurde in seinem Wesensgehalt nicht verändert. Die Veröffentlichung wurde von der BBP-Redaktion veranlaßt.

Labor Brandenburg:

Herausforderung Leerstand

Diskussionen zur Bürgergesellschaft

Eberswalde (bus/bbp). »Leere Räume – leerstehende Gebäude. Ansätze, Experimente und Perspektiven« hieß eine Tagung, zu der die Barnim-Uckermark-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung am 29. Oktober 2005 in das Tourismuszentrum im Familiengarten Eberswalde eingeladen hatte. Damit begann eine neue Veranstaltungsreihe der Heinrich-Böll-Stiftung, die den Titel »Labor Brandenburg – Diskussionen zur Bürgergesellschaft in unserem Land« trägt. In loser Folge sollen aktuelle Themen im Land Brandenburg aufgegriffen werden. Initiativen, Experimente, Ideen, und Ansätze für eine aktive Bürgergesellschaft sollen in die Diskussion gebracht werden. Die Veranstaltungen sollen einen Raum bieten, um zwischen politischer Kreativität und politischer Realität eine Brücke zu schlagen.

Brandenburg steht vor großen Herausforderungen: Demografischer Wandel, fehlende Landesfinanzen, immer noch hohe Arbeitslosigkeit, perspektivlose Jugendliche und Überalterung im ländlichen Raum, wirtschaftliche Schwäche. Lösungen können nicht mehr nur von der Politik erwartet werden. Was kann getan werden, wo könnten Ansätze sein und wo lassen sich Diskussionen anzetteln, die Handlungsmöglichkeiten aufzeigen?

Die Diskussion in Eberswalde widmete sich einem drängenden Problem, das durch den demografischen Wandel und die Abwanderung entsteht. Immer mehr Gebäude stehen leer. Manche werden abgerissen. Manche bleiben leer. Eine Folge des demografischen Wandels sind ebenfalls Schulschließungen. Schulen ohne Kinder bleiben zurück, zum Teil stehen sie in der Mitte des Ortes. Was kann man mit diesen Gebäuden machen? Können sie neue Orte des Lernens oder für kreative Ideen werden? Wie könnte es organisiert werden? Was für Möglichkeiten gibt es? Wie kann sich die Bürgergesellschaft organisieren? Gibt es gute Modelle für Zwischennutzungen?

Eine Antwort darauf versuchten Dr. Stephan Beetz (Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften und Humboldt Universität zu Berlin), der zum Thema »Folgen, Herausforderungen und öffentliche Diskussion des demografischen Wandels in Brandenburg« referierte, sowie Frank Schwartz (inSAR – Gesellschaft für Planung, Beratung und Forschung Berlin), der sich der Frage »Innovationsfähigkeit und Kreativität – Planungspolitik der Zukunft?« stellte. Zum Thema »Berliner Experimente mit Leerstand – Erfahrungen und Transfermöglichkeiten?« sprach Elisa Bertuzzo von id 22 - Institut für kreative Nachhaltigkeit, Berlin während Martin Krassuski vom Planungsbüro ALV aus Angermünde über »Erfolgreiche Umsetzungsbeispiele - Erfahrungen aus der Region« informierte. Die Veranstaltung wurde durch die Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung gefördert. Informationen zu den Ergebnissen der Konferenz sind bei der Barnim-Uckermark-Stiftung.

(André Koch, Barnim-Uckermark-Stiftung, Tel. 03334/64253, eMail: kontakt@barnim-uckermark-stiftung.de)

Beschwerde nicht ernst genommen?

Wortmeldung zur Einwohnerfragestunde in der StVV Eberswalde am 20. Oktober

Eine Dienstaufsichtsbeschwerde ist eine besondere Form der in Art. 17 GG vorgesehenen Petition an die zuständige Stelle. Ein Bürger oder eine Institution wendet sich an den Dienstvorgesetzten eines Beamten und regt an, ein bestimmtes Verhalten des Beamten dienstrechtlich zu überprüfen und gegebenenfalls in Form einer Disziplinarmaßnahme zu sanktionieren. In der Praxis verlaufen Dienstaufsichtsbeschwerden meist ohne sachliches Ergebnis – es kursiert deshalb die Meinung der drei F, d.h. die Dienstaufsichtsbeschwerde sei *form-, frist- und fruchtlos*.

Es entsteht der Eindruck, daß auch meine Dienstaufsichtsbeschwerde, die heute zur Beratung und Entscheidung steht, dieses Schicksal erleiden soll.

Diesen Eindruck gewinne ich dadurch, daß die Tagesordnung der heutigen StVV nicht einmal die Dienstaufsichtsbeschwerde näher bezeichnet. Laut § 43 der GO – Tagesordnung der Gemeindevertretung – müssen die Tagesordnungspunkte hinreichend bestimmt sein und für den Gemeindevertreter, aber ebenso für die Öffentlichkeit klar erkennen lassen, welche Angelegenheit beraten und entschieden werden soll. In der Tagesordnung heißt es aber nur: »Dienstaufsichtsbeschwerde des Herrn Bernd Pomraenke«. Daß es sich um eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Bürgermeister Reinhard Schulz wegen rechtswidrigem Verkauf der Stadtwerkeanteile und den Vorwurf der Untreue handelt, wird verschwiegen.

Behandlung im nichtöffentlichen Teil kann nicht bedeuten, daß die Stadtverordneten und Bürger nicht einmal erfahren, worüber beraten werden soll. Daß die Dienstaufsichtsbeschwerde vom Bürger Pomraenke eingereicht wurde, ist dagegen wenig oder besser gesagt nicht geeignet, den Tagesordnungspunkt hinreichend zu bestimmen (man hätte auch nur schreiben können: Dienstaufsichtsbeschwerde). Die Benennung des Beschwerdeführers ist eher geeignet, vom Kern der Beschwerde abzulenken und

eine Stimmung gegen den Beschwerdeführer zu erzeugen.

Auch die Tatsache, daß den Stadtverordneten die Dienstaufsichtsbeschwerde nicht mit der Einladung zugesandt wurde, sondern sie nur den Einleitungstext erhalten haben, spricht für den Versuch, die Dienstaufsichtsbeschwerde fruchtlos zu machen. Welcher Abgeordnete geht ins Rathaus, um sich mehr als 20 Seiten Material im Büro der StVV durchzuarbeiten, denn mit Lesen allein ist es nicht gemacht.

Wenn den Stadtverordneten dann noch ein Antwortbrief an mich vorliegt, dessen einzige Aussage die Zurückweisung der Beschwerde ist, dann zeigt auch das den mangelnden Willen, die Beschwerde ernst zu nehmen.

- Meine abschließenden Fragen lauten:
1. Halten Sie die Bezeichnung des Tagesordnungspunktes für hinreichend bestimmt, wie von der GO gefordert, und sehen Sie die Verpflichtung zur Bekanntmachung erfüllt, wenn Sie verschweigen, warum und gegen wen Beschwerde eingereicht wurde?
 2. Welche Absicht verfolgten Sie mit der Benennung des Beschwerdeführers?
 3. Halten Sie es für angemessen, daß die Beschwerde nicht allen Abgeordneten zugestellt wurde?

BERND POMRAENKE

Eberswalde (bbp). Zur Frage 1 erklärte der Stadtverordnetenvorsitzende Friedhelm Boginski, daß er die Kritik annehme und künftig auf eine hinreichende Darstellung des Beratungsgegenstandes in der Tagesordnung achten werde. Zur Frage 2 gab es keine Antwort. Auf die Frage 3 antwortete der Vorsitzende bejahend, er halte eine Auslegung der Unterlagen für ausreichend.

Wie die lokale Tageszeitung am 22./23. Oktober mitteilte, wurde die Dienstaufsichtsbeschwerde in der nichtöffentlichen Sitzung der StVV mit knapper Mehrheit zurückgewiesen. Wegen einem Formfehler bei der Abstimmung läuft derzeit noch eine Beschwerde.

»Ohne Gutachten rührt sich nichts«

Zu: Trocknet die Schorfheide aus? (Barnimer Blitz, 03.09.2005)

Da in unserer Region das Trinkwasser aus Grundwasser gewonnen wird und geklärtes Abwasser in die Flüsse geleitet wird ist es doch nicht überraschend, daß der Grundwasserspiegel absinkt. Dazu noch Entwässerungsgräben um Wälder und Wiesen, welche Oberflächenwasser ableiten. Natürlich müssen Wohngebiete sowie Straßenverkehrsbereiche geschützt werden, keine Frage, aber seit geraumer Zeit werden ganze Landstriche trockengelegt. Sehr eindrucksvoll kann man das in den Wäldern um Melchow und Biesenthal beobachten. Die Aussage von Thomas Lunacek, man müsse zuerst ein wissenschaftliches Gutachten anfertigen lassen, zeigt doch, wie handlungsunfähig die Verantwortlichen sind. Nötig ist z.B., geklärtes

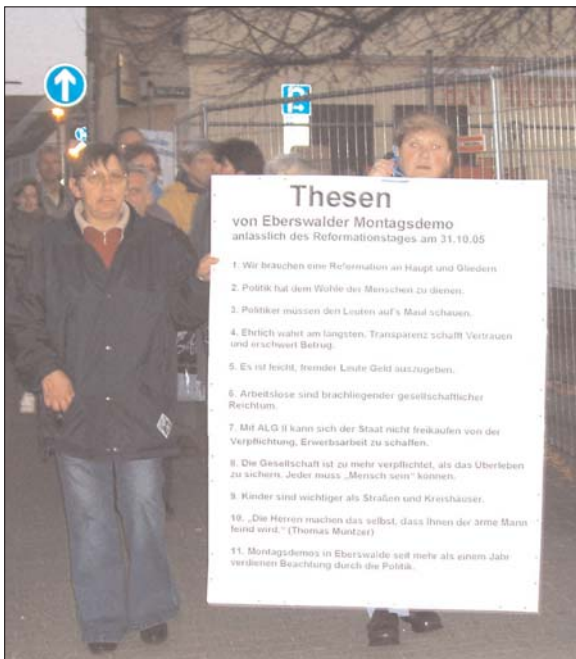
Abwasser auf ausgewiesene Rieselflächen auszubringen (ein Problem was bei ökologischen Kleinkläranlagen wegfallen würde), Entwässerungsgräben wo irgend möglich zu verschließen, Regenwassersammelbehälter mit entsprechenden Pumpwerken einzurichten, um die enormen Wassermassen, die von versiegelten Flächen in die Flüsse und Kanäle abgeleitet werden, für Land und Forstwirtschaft sowie für die Industrie nutzbar zu machen. All das wissen die Verantwortlichen bereits. Aber ohne Gutachten, welches Steuergelder verschwendet, rückt und rührt sich nichts.

ANDY LOSCH

Ein ausführlicher Beitrag von Günter Vogler zum Thema »Wassermangel in der Schorfheide« folgt in der BBP 12/2005.

Der Thesenanschlag zu Eberswalde

Reformation an Haupt und Gliedern 1517/25 und 2005



Reformationstag. Für die evangelischen Christen ein wichtiges Datum. Ihr Reformator, Martin Luther, schlug am 31. Oktober 1517 seine Thesen an die Schloßtür zu Wittenberg. Luther wollte nicht aufrührerisch sein. Aber seine Thesen setzten die damalige christliche Welt in Aufruhr.

Aufrührer werden nicht gern gesehen. Luthers Schüler Thomas Müntzer, der über seinen Lehrer hinauswuchs, der mit seinen Ideen über seine Zeit hinauswuchs, schlug man den Kopf ab. Aufrührer.

Die Eberswalder Montagsdemonstranten erinnerten an die großen Vorbilder, indem sie eigene Thesen entwarfen, die sie an die Eberswalder Rathaustür schlugen. Wissend, sollen wirkliche Reformen gelingen, müssen wir aufrührerisch sein, wohlhin!

Es ist der allergrößt Greuel auf Erden, daß Niemand der Dürftigen will sich annehmen. Die Großen machens, wie sie wöllen.

Sieh zu, die Grundsuppe des Wuchers, der Dieberei und Rauberei sein unsere Herrn und Fürsten, nehmen alle Kreaturen zum Eigentum: Die Fisch im Wasser, die Vögel im Luft, das Gewächs auf Erden muß alles ihr sein. Darüber lassen sie dann Gottes Gebot ausgehn unter die Armen und sprechen: »Gott hat geboten, du sollst nit stehlen.« Es dienet

aber ihnen nit. So sie nun alle Menschen verursachen, den armen Ackermann, Handwerkermann und alles, das da lebet, schinden und schaben, so er sich dann vergreift am Allergeringesten, so muß er hängen.

Die Herren machen das selbst, daß ihnen der arme Mann feind wird. Die Ursach des Aufruhrs wöllen sie nit wegtun, wie kann es die Lenge gut werden? So ich das sage, muß ich aufrührerisch sein, wohlhin!

THOMAS MÜNTZER, 1524

Thesen

der Eberswalder Montagsdemo
anlässlich des Reformationstages am 31. Oktober 2005

1. Wir brauchen eine Reformation an Haupt und Gliedern
2. Politik hat dem Wohle der Menschen zu dienen.
3. Politiker müssen dem Volk auf's Maul schauen.
4. Ehrlich währt am längsten. Transparenz schafft Vertrauen und erschwert Betrug.
5. Es ist leicht, fremder Leute Geld auszugeben.
6. Arbeitslose sind brachliegender gesellschaftlicher Reichtum.
7. Mit ALG II kann sich der Staat nicht freikaufen von der Verpflichtung, Erwerbsarbeit zu schaffen.
8. Die Gesellschaft ist zu mehr verpflichtet, als das Überleben zu sichern. Jeder muß »Mensch sein« können.
9. Kinder sind wichtiger als Straßen und Kreishäuser.
10. »Die Herren machen das selbst, daß ihnen der arme Mann feind wird.« (Thomas Müntzer)
11. Montagsdemos in Eberswalde seit mehr als einem Jahr verdienen Beachtung durch die Politik.

V.i.S.d.P. Eberswalder Montagsdemo

Demo-Berichte:

60. Montagsdemo am 10.10.

»Clement sieht Mißbrauch – wir auch«, war das Motto der 60. Montagsdemo in Eberswalde. Die fünfzig Demonstranten lauschten Änne Resmer, die den Vorwurf des Mißbrauches durch die ALG II-Empfänger zurückgewies und dargelegte, daß Mißbrauch bei den Mächtigen in Staat und Wirtschaft permanent an der Tagesordnung sei. Als weiterer Redner setzte sich Frank Töpfer mit der seit dem 1. Oktober gültigen Zuverdienstregelung auseinander. Ein dritter Redner mißbilligte den Versuch der Bundesregierung, die Kosten von Hartz IV auf die Kommunen abzuwälzen.

Die Anwesenden wurden über den Aufruf zum Sternmarsch am 5. November in Berlin und über die unterschiedlichen Meinungen dazu informiert. In einer spontanen Abstimmung sprachen sich fast alle der Anwesenden für eine Teilnahme an der Demonstration aus. Eine große zentrale Demonstration gegen den Sozialabbau sei notwendig. Zu hoffen sei, daß möglichst viele Menschen diesem Aufruf folgen – unabhängig davon, wer die Aufrufer sind. Das gemeinsame Anliegen müsse den Vorrang haben. Ein Mißerfolg der Demo wär auch ein Mißerfolg für die Fernbleibenden.

Deshalb wird Eberswalder Montagsdemo zur Demo am 5. November in Berlin mobilisieren. Sei ruft auch die anderen Organisationen von Montagsdemos und sozialen Protesten in Brandenburg auf, soweit sie das nicht schon getan haben, sich dem Aufruf der bundesweiten Montagsdemo anzuschließen und die Menschen für eine Teilnahme der Demo in Berlin zu mobilisieren.



61. Montagsdemo am 17.10.

Nachdem die Montagsdemo am letzten Montag die Verunglimpfung der ALG II-Empfänger als Abzocker durch Minister Clement zurückgewiesen hatte, wurde am 17. Oktober auf dem Eberswalder Marktplatz ein Brief an die Bundeskanzlerin in spe, Angela Merkel, diskutiert, unterschrieben und in den Postkasten gesteckt. Der Brief hatte folgenden Inhalt:

»Sehr geehrte Frau Merkel, wir, die Eberswalder Montagsdemonstranten gegen Hartz IV und Agenda 2010, wenden uns heute an Sie als die zukünftige Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland. Wir setzen große Hoffnungen darauf, daß unter Ihrer

Kanzlerschaft mehr für die Menschen in Ostdeutschland getan wird. Unsere Hoffnung gründet sich darauf, daß auch Sie eine DDR-Vergangenheit haben und von den Verhältnissen im Osten mit geprägt wurden und daher mehr Verständnis für die Probleme des Ostens aufbringen können. Es ist uns nicht verborgen geblieben, daß Sie innerhalb der CDU nicht ohne Widerspruch sind, sich aber gegen machtbewusste Männer durchgesetzt haben. Da sollte es Ihnen auch gelingen, ostdeutschen Interessen mehr Geltung zu verschaffen.

Die Arbeitslosigkeit ist im Osten Deutschlands besonders hoch. Die gegenwärtige Arbeitsmarktpolitik gibt vor, die Erwerblosen zu fördern, beschränkt sich aber auf das fruchtlose Fördern. Erwerbslosigkeit bedeutet zunehmende Deklassierung und Verarmung. Gesundheit wird mehr und mehr zur Geldfrage.

Es erfüllt uns schon jetzt mit großer Enttäuschung, daß die CDU sich gegen die Angleichung des Arbeitslosengeldes II in Ost und West stellt. Wir vermissen auch den Protest der CDU, wenn Noch-Wirtschaftsminister Clement die Arbeitslosen der Abzockerei bezichtigt. Da sind Sie gefragt, Frau Merkel!

Bei allen Schwierigkeiten und Problemen, die Ihnen Ihr neues Amt bringen wird, sollte die Entwicklung Ostdeutschlands und die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West eine vorrangige Rolle spielen.«



Daß die Illusionen in dem von Albrecht Triller vorgetragenen Brief durchaus nicht so ernst gemeint wie formuliert waren, wurde deutlich, als Frau Merkel als Pappkameradin auftrat, die zum Zeichen ihrer Anwartschaft auf das Kanzleramt als Prinzessin mit einer Krone versehen war und zum Zeichen ihrer DDR-Sozialisation ein FDJ-Hemd trug. Verständlich, daß da auch manches »Gruppenbild

»Klipp und klar« unterwegs in Prenzlau am 25.10.05

Hartz IV – die Milliardenpleite ...und schuld sind die »Sozialbetrüger«?

Prenzlau (em). So das Thema der Sendung, das auch die Eberswalder Montagsdemo interessierte. Erst Tags zuvor hatte Eberswalder Montagsdemo eine Strafanzeige gegen Clement wegen Volksverhetzung erstattet. Deshalb wurden zwölf Einladungen besorgt und entsprechende Vorbereitungen für die Teilnahme getroffen.

Moderatorin Carla Kniestedt stellte zu Beginn der Sendung das Problem vor:

Wie fit sind die Arbeitsagenturen wirklich?

Wie massiv wird der Sozialstaat ausgenutzt?

Sind ALG-II-Leistungen im Verhältnis zu regulären Jobs zu hoch?

Die Kosten für die Arbeitsmarktreform explodieren. 14 Milliarden Euro für ALG II hatte die Bundesregierung 2005 vorgesehen, 26 Milliarden Euro müssen tatsächlich berappt werden. Grund: 4,6 Millionen Menschen haben die Leistung beantragt. Weit mehr als erwartet.

Wolfgang Clement macht dafür jedoch »Sozialmißbrauch«, »Abzocke« und »Selbstbedienung« verantwortlich. Dies müsse jetzt »tatkräftig bekämpft« werden. Die Langzeitarbeitslosen sind über diese »Pauschalschelte« empört und klagen: Die Politiker sollten erstmal »fördern« statt »fordern«.

Erst eintreffend, als die meisten Gäste schon im Saal waren, erregte die Eberswalder Gruppe zwangsläufig Aufmerksamkeit. Dies schon al-

lein durch ihr »Outfit«, den T-Shirts mit der Aufschrift »Die Überflüssigen« und versehen mit Pappschildern mit den Clement-Zitaten »Parasiten«, »Betrüger«, »Schwarzarbeiter« usw. sowie einem Schild »Volksverhetzer Clement«. Gute Aufnahme fand auch die von der Eberswalder Montagsdemo gut bekannte Pappfigur von Angela Merkel im FDJ-Hemd, das ihre ostdeutsche Sozialisation dokumentieren sollte, und mit Prinzessinnenkrone als Symbol ihrer Kanzleranwärterschaft. Das Schild »Tu was, Angie« sollte die Forderung zum Ausdruck bringen, endlich was für den Osten zu tun (wohl wissend um die Illusion, gerade von ihr allzuviel zu erwarten).

Die Eberswalder Teilnehmer konnten schon bei der Problemvorstellung kaum an sich halten und machten während der Debatte mehrfach auf sich aufmerksam. So war die Gruppe immer wieder im Blickfeld der Kamera und kam auch am Mikro mehrmals zu Wort. Wiederholt wandten sich die Diskutanten zu unserer Gruppe um und gingen spontan auf unsere Zwischenrufe ein.

Bei einer Tasse Kaffee vor der Rückfahrt werteten die Eberswalder Montagsdemonstranten ihren Auftritt in der Sendung als guten Beitrag, den kritischen Charakter der Sendung unterstützt zu haben.

Lebenswertes Leben für alle

Durch wen wird abgezockt? Durch Arbeitslose gewiß nicht. Sie hatten einstmal Arbeit, die Wirtschaftsordnung hat ihnen den Arbeitsplatz geraubt. Dafür müßten sie mit vollem Lohnausgleich entschädigt werden, plus Schmerzensgeld für den Ärger, der ihnen entstanden ist. Die Herren der Wirtschaftsordnung denken gar nicht daran, Arbeitsplätze zu schaffen. Sie mißbrauchen die Arbeitslosigkeit, um denen, die noch nicht überflüssig geworden sind, das Fürchten zu lehren, sie könnten ja auch bald

ihren Job verlieren und sollen endlich kuschen. Der Mittelstand ist indirekt betroffen. Doch dieser großen Wirtschaft frönt die Politik. Wer zockt also wen ab? Wenn die Politik wollen würde, ließe sich der Segen gewaltig gewachsener Produktivität nutzen, um allen Erwerbsfähigen bei allgemein verkürzter (!) Arbeitszeit und hohem Lebensstandard ein lebenswertes Leben zu ermöglichen. Konzepte liegen bereit.

Dr. RAINER THIEL

Zur RBB-Sendung »Klipp und Klar« am 25. Oktober

Strafanzeige gegen Clement

Eberswalde (em/bbp). Wegen des Verdachts des Verstoßes gegen das Grundgesetz und des Verdachts der Volksverhetzung (§ 130 StGB) sowie wegen Beleidigung (§ 185 StGB), übler Nachrede (§ 186 StGB), Verleumdung (§ 187 StGB) etc. hat die Eberswalder Montagsdemo Strafanzeige gegen den Noch-Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, Wolfgang Clement, erstattet. Clement habe, heißt es in der Anzeige, in mindestens zwei Interviews (»Bild am Sonntag« vom 2.10. und »Berliner Zeitung« vom 8.10.) öffentlich u.a. folgende Tatsachenbehauptungen aufgestellt: »Die Hemmschwellen für die Abzocke bei Arbeitslosengeld II und weiteren Unterstützungsleistungen« seien »offenkundig gesunken«. Dies zeige sich »bei der Zunahme von Kor-

ruption, Schwarzarbeit und beim Sozialmißbrauch«. Dieser Mißbrauch geschähe »im großen Stil«. Nach »Stichproben und Anrufaktionen« könne vermutet werden, »daß die Arbeitslosigkeit derzeit um mindestens zehn Prozent überschätzt« werde. Die Sozialbetrüger und Abzocker seien »Parasiten« (»Bildzeitung«, 17.10.).

Öffentlich habe der Bundesminister somit eine ganze Bevölkerungsgruppe als Kriminelle hingestellt. »Allein dieses erfüllt unseres Erachtens den Tatbestand der Volksverhetzung und die anderen genannten Tatbestände der Beleidigung, üblen Nachrede und Verleumdung.«

Im Namen der Eberswalder Montagsdemo unterzeichneten Ute Frey, Nicole Kaleczinski und Anne Resmer die Anzeige.

82 Cent für den Bürgermeister

Eberswalde (uf/bbp). Die Eberswalder Montagsdemonstranten haben ein Herz mit ihrem in Bedrängnis geratenen Stadtoberhaupt. Ute Frey schilderte am 17. Oktober dessen schwierige Situation.

Der Rotstift bestimme die Finanzpolitik des Rathauses: Das Konzertorchester soll künftig ohne städtische Unterstützung bleiben, die Förderungen für Kunst und Kultur auf 15.000 Euro halbiert werden. Die Förderung der Jugendarbeit durch das 610-Stellen-Programm steht zur Disposition wie die Höhe des Zuschusses für den Jugendclub »Stino«, dem einzigen Jugendtreff im Eberswalder Stadtzentrum. »Weil wir keine Kultur brauchen«, stimmte die Rednerin verständnisvoll den Plänen zu. Bis Herbst 2007 sollen zwei Kitas schließen und schließlich will die Stadtverwaltung durch die Abgabe der Jugendeinrichtungen an Vereine und Verbände ordentlich Geld einsparen – ohne zu fragen,

wie denn die Vereine die künftige Jugendarbeit finanzieren sollen.

»Aber unsere Jugendlichen brauchen ja keine eigenen Bereiche«, schlußfolgerte die Rednerin, »sie haben ja die schönen neuen Straßen«. Sogar von den Oberschulen wolle sich Eberswalde schon im Sommer nächsten Jahres trennen – »wozu auch Schulen«. Gespart werden soll auch bei den Fraktionsgeldern und beim persönlichen Verfügungsetz des Bürgermeisters. Wenigstens bekomme er – trotz Beurlaubung – sein Gehalt weiter.

Damit nicht auch der Dienstwagen des Bürgermeisters der Streichorgie zum Opfer fallen muß, griffen die Montagsdemonstranten spontan in die eigene Tasche. Der Spendenhut ging rum – und brachte immerhin 82 Cent für das Dienstauto des Bürgermeisters. »Damit die hohen Herren der Stadt nicht bei sich selbst sparen müssen«, sagte abschließend Ute Frey.

mit Dame« aufgenommen wurde.

Die Montagsdemo beschäftigte sich auch mit den Finanznöten der Stadt Eberswalde. Als Beitrag zur Sanierung des Stadthaushaltes führten sie eine Sammlung für das Dienstauto des Bürgermeisters durch. Allerdings fanden sich im Hut des Sammlers Frank Töpfer nur 82 Cent in Kupfermünzen und die Ausgabe einer Banknotenimitation mit dem Aufdruck »50 x für soziale Gerechtigkeit«, die am die 50. Eberswalder Montagsdemo erinnerte. Das



»Wer, wenn nicht wir«

Interview mit **CARSTEN ZINN**

Vorsitzender des ver.di-Landesbezirks-erwerbslosenausschusses

ver.di PUBLIK: In welchen Bereichen der Erwerbslosenarbeit muß ver.di besser werden?

CARSTEN ZINN: Wir müssen für die Erwerbslosenarbeit bessere Voraussetzungen schaffen. Vor allem in der Fläche, besonders in den ländlichen Gegenden Brandenburgs, benötigen wir gewerkschaftliche Anlaufstellen. Das Vorbild der Berliner Ortsverbände ist ein positives Beispiel, das Schule machen sollte.

ver.di PUBLIK: Die Situation in unserer Region ist nicht einfach. Welche Angebote muß ver.di speziell für die Erwerbslosen machen?

CARSTEN ZINN: Ich bin überzeugt, daß wir viele interessante Themen haben, die die Leute bewegen. Aber ver.di muß sich mehr den Inhalten zuwenden. Gerade für die immer schwieriger werdende politische Arbeit müssen wir mehr Ehrenamtliche gewinnen. Gerade für unsere Region ist es besonders wichtig, daß sich ver.di in die arbeitsmarktpolitische Diskussion einmischt, denn im Osten Deutschlands ist die Zahl der erwerbslosen Gewerkschaftsmitglieder doppelt so hoch wie im Westen.

ver.di PUBLIK: Viele Mitglieder, die einen festen Job haben, fühlen sich von der Erwerbslosenarbeit nicht angesprochen, weil sie direkt nicht betroffen sind.

CARSTEN ZINN: Das ist ein Problem. Solidarität ist aber wichtig. Arbeitslosigkeit kann schließlich jeden treffen. Das geht sehr schnell. Daher brauchen wir den Zusammenhalt der ganzen Organisation. Wer alleine kämpft, kann schnell untergehen. Aber zusammen sind wir stark.



Carsten Zinn ist seit vielen Jahren ehrenamtlich in der Gewerkschaft aktiv. Im Sommer 2004 gehörte er im Rahmen des Aktionsbündnisses »Hartz(er) Käse« zu den Mitorganisatoren der ersten Montagsdemos in Eberswalde.

ver.di PUBLIK: Welche Ziele sollte ver.di in Zukunft konsequent verfolgen?

CARSTEN ZINN: Oberste Priorität in der Gewerkschaftsarbeit muß die Schaffung und der Erhalt von Arbeitsplätzen haben. Fast ein Fünftel der Vollerwerbstätigen in Brandenburg arbeitet zudem im Niedriglohnsektor. Daher ist die Einführung eines Mindestlohnes insbesondere für den Osten ein wichtiges Thema. Wir brauchen auch innerhalb der Gewerkschaft mehr politische Bildung, damit die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhänge erkannt werden können. Mir macht der Rechtsradikalismus große Sorgen. Auch bei der letzten Bundestagswahl hat die NPD in vielen Orten in Brandenburg Stimmen einfangen können. Ich bin überzeugt, daß die Erwerbslosigkeit und die damit verbundene Perspektivlosigkeit der Nährboden für die Rechtsradikalen sind. Nicht nur deswegen ist das Thema »Arbeit« so wichtig für alle Bereiche unserer Organisation.

Das Interview ist der Novemberausgabe der Mitgliederzeitung der Gewerkschaft ver.di entnommen. Das Gespräch führte Andreas Splanemann

Sammlungsergebnis wurde mit einer entsprechenden Interpretation an die Adresse des Vorsitzenden der StVV in den Briefkasten der Stadt eingeworfen.

Zu den Sparversuchen der Stadt im Haushaltssicherungskonzept äußerte sich Ute Frey, die auch die Montagsdemo moderierte. Sie machte deutlich, daß die Stadt an den falschen Stellen streicht und trotz gegenteiliger Beteuerungen das geistig-kulturelle Leben in der Stadt gefährdet. Das Sparen solle bei den Oberen beginnen.

Am offenen Mikro äußerten sich Lothar Danner und Günter Ilenz. Letzterer nahm noch einmal das Thema »Sozialscharlotzer« auf. Er protestierte aufs schärfste gegen die Verunglimpfungen der Arbeitslosen durch Noch-Minister Clement. Albrecht Triller informierte über den Sternmarsch, der am 5. November in Berlin stattfindet und eine Signal an die neue Bundesregierung sein soll. Er teilte mit, daß von Eberswalde aus ein Bus nach Berlin fahren wird.

Mit dreißig Teilnehmern war dies die bisher am schlechtesten besuchte Montagsdemo in Eberswalde. Auch wenn die Presseorgane Barnimer Blitz und Märkischer Sonntag seit Wochen die Aufrufe zu den Demos nicht mehr veröffentlichen, vermuten die Organisatoren, daß die Ursachen woanders liegen.

62. Montagsdemo am 24.10.

Der Eberswalder Marktplatz ist Baustelle geworden und steht Eberswalder Montagsdemo nicht mehr zur Verfügung. Am Rande des Marktplatzes, unter der Linde am Löwenbrunnen war noch genügend Platz für die fünfzig Teilnehmer an der 62. Montagsdemo.

Hauptthema war diesmal die Verunglimpfungen durch den noch amtierenden Minister Clement. Der hatte die Hartz-IV-Betroffenen pauschal als Abzocker, Selbstbediener, Betrüger, Schwarzarbeiter, Sozialmißbraucher usw.

beschimpft. Frank Töpfer geißelte diesen Umgang mit den Betroffenen und stellte dem die »Abzockmentalität« der Reichen und Herrschenden gegenüber. Die Verunglimpften dürften sich das nicht gefallen lassen, meinte Frank Töpfer. Deshalb soll eine Strafanzeige gegen Clement auf den Weg gebracht werden.

Albrecht Triller zitierte wesentliche Teile aus dem Text der Strafanzeige. Im Namen der Eberswalder Montagsdemo wurde die Strafanzeige von Ute Frey, Nicole Kaleczinski und Anne Resmer unter dem Beifall der Demonstranten unterzeichnet. Sofort nach Abschluß der Demo wurde die Anzeige der Staatsanwaltschaft in Eberswalde zugestellt.

Im weiteren wurden wiederum Fragen des städtischen Haushaltes diskutiert und 43 Cent für den notleidenden Tierparkdirektor gesammelt, die in den Briefkasten der Stadt eingeworfen wurden. Während der Demo trugen sich die anwesenden Demonstranten in eine Liste zur Mitfahrt zur Demo am 5. November in Berlin ein.

Zum Abschluß wurde den Anwesenden empfohlen, sich die RBB – Sendung »Klipp und Klar« am Folgetag anzusehen, denn die Eberswalder Montagsdemo nahm mit einem Dutzend Leuten als »aktive« Zuschauer an der Livesendung in Prenzlau teil.

63. Montagsdemo am 31.10.

Daß der 31.10. als Reformationstag ein Feiertag ist, war für die Eberswalder Montagsdemo kein Grund, zu Hause zu bleiben. Aber inhaltlich lehnte sich die Demo durchaus dem feiertäglichen Reformationstag an.

Im Mittelpunkt der Aktion stand ein Thesenanschlag an der Rathausstür der Stadt Eberswalde. Die Thesen der Eberswalder Montagsdemo stellen Bezüge zu Martin Luthers Thesen her, sprechen aber auch aktuelle Fragen der Eberswalder Kommunalpolitik an. Vom Marktplatz gingen die Demonstranten zum Rathaus hinüber und befestigten die 1 x 1,5 m große Tafel mit den Thesen an der Rathausstür. Albrecht Triller trug während des Thesenanschlags einige Gedanken zu den einzelnen Thesen vor.

Inzwischen war über einem der drei Mahnf Feuer ein Topf mit Bockwürsten erhitzt worden, die nun verspeist wurden. Die Debatte am offenen Mikro beschäftigte sich derweil mit der Frage, wie lange die Montagsdemos noch fortgesetzt werden sollen. Mit dem Vorschlag der Vorbereitungsgruppe, die all-montäglichen Demos auf einmonatliche Termine zu reduzieren, wollte sich die Mehrheit der Anwesenden nicht anfreunden. Sie wollen auch weiterhin jeden Montag gegen Hartz IV und die Agenda 2010 demonstrieren. Dieses Votum wird die Vorbereitungsgruppe auf ihrer Beratung beschäftigen.

Schließend wurden alle Anwesenden noch einmal an die Berlinedemo am 5. November hingewiesen.

Eine Zeit übelster Angriffe

Wir erleben derzeit Angriffe übelster Art auf die Millionen von arbeitslos gemachten Menschen in Deutschland.

1. Die Aktivitäten gegen Hartz IV und besonders die Montagsdemos beunruhigen die Herrschenden derart, daß sie zu solchen Methoden Zuflucht nehmen, die selbst aus dem bürgerlichen Lager zu beträchtlichem Protest führen.

2. Es ist gut, daß es viele Strafanzeigen gegen Clement gibt, aber das ist nur die halbe Miete. Es gilt, auch offensiv die Zusammenhänge und tatsächlichen Verhältnisse aufzuzeigen.

3. Gerade angesichts dieser Angriffe wird die Demo am 5.11. in Berlin um so wichtiger. Denn diese Angriffe gelten ja nicht nur den aktuell arbeitslos gemachten, sondern sie gelten auch all denjenigen, die in den nächsten Jahren damit rechnen müssen und fürchten, arbeitslos zu werden – und das dürfte inzwischen der überwiegende Teil der Bevölkerung sein.

4. Schließlich handelt es sich natürlich um den Versuch, die Beschäftigten gegen die arbeitslos gemachten aufzuhetzen und beide Gruppen gegeneinander auszuspielen. Gerade darum ist es wichtig, sowohl auf den Montagsdemos als auch in Berlin die Gemeinsamkeiten und die gemeinsamen Interessen zu betonen!

Und hier die Fakten gegen diese Diskriminierungskampagne:

Hartz IV bedeutet zunächst: Die bewußt herbeigeführte und gewollte Verarmung von Millionen von Menschen! Eine Verdoppelung bis Verdreifachung der Zahl von Kindern, die in Armut aufwachsen müssen. Die Auswirkungen von Hartz IV gehen aber weit darüber hinaus.

Hartz IV bedeutet Zerschlagung elementarer Grundrechte! Das Recht auf Unverletzlichkeit der Wohnung wird zur Farce und zu einem Fetzen Papier, wenn Schnüffler und Kontrolleure der Arbeitsagentur Kontrollen bis hinein in den Kühlschrank und ins Bett durchführen. Das Recht auf Datenschutz wird zerschlagen, wenn die Privatsphäre und private Beziehungen abgefragt und erfaßt werden. Wenn bei einem Anteil von rund 10 Prozent der Bevölkerung so elementare Grundrechte kraß mißachtet werden, betrifft das auch die übrigen 90 Prozent anderen (außer den Superreichen vielleicht). Die haben es nur noch nicht gemerkt oder wollen es nicht wahrhaben.

Steuerhinterziehung, Korruption, Mißbrauch von Privilegien und riesige Kosten aufgrund von Fehlplanungen und Inkompetenz!

Diese vier Ursachen der Verschwendung öffentlicher Mittel sind ganz allein von den »oberen Zehntausend« in Staat und Wirtschaft zu verantworten – der Normalbürger hat nämlich zu all dem gar keine Möglichkeit!

Immer neue Steuer»spar«möglichkeiten ermöglichen es den Reichen und vor allem den Großkonzernen, immer weniger Steuern zu zahlen. Das reicht vielen nicht, Steuerhinterziehung ist gang und gäbe. Die Einnahmeverluste an Steuern betragen -zig Milliarden, die Leere der öffentlichen Kassen wurde bewußt herbeigeführt! Wir wissen heute, daß z.B. die Kölner Müllverbrennungsanlage – Kosten: 1 Milliarde

DM – ohne Korruption (ca. 30 Millionen) gar nicht gebaut worden wäre. Es vergeht kaum ein Tag, an dem man nicht von neuen Korruptions-skandalen liest. Jesen Tag kann man in der Zeitung vom Mißbrauch von Privilegien lesen kann. Da kassieren Staatssekretäre für doppelte Haushaltsführung, wo sie ihnen nicht zu-steht, da fliegt ein Minister auf Staatskosten zu seiner Freundin, die Reihe solcher Skandale würde schon in Stichworten Bücher füllen.

Es gibt in diesem Lande viele, die nicht arbeiten, aber bestens leben! Die Reichen nämlich, die Ihr Vermögen geerbt haben. Sie leben auf Kosten anderer, oft ohne selbst irgendetwas Nützlich zur Gesellschaft beizutragen. Sie saugen den Mehrwert, den andere produzieren, auf und verwenden ihn nur zu ihrem eigenen Nutzen. Selbst in den erzkapitalistischen Staaten USA und Japan liegt der Anteil dessen, was die Reichen finanziell zur Gesellschaft beitragen, beim 3- bis 4-fachen wie in Deutschland. Für die Reichen ist Deutschland ein Steuerparadies! Welchen Nutzen haben denn eigentlich die Reichen – die oft ein vielfaches von dem besitzen, was man zum luxuriösen Leben braucht – für die Gesellschaft?

Dies ist der Hintergrund, auf dem man die Schmutzkampagne übelster Art gegen Bezieher von Arbeitslosengeld II sehen muß. Viele von ihnen haben Jahre und Jahrzehnte gearbeitet und hohe Beträge in die Kassen der Sozialversicherung eingezahlt. Die Kürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes und die Streichung der Arbeitslosenhilfe gehören in die Rubrik Sozialraub. Die Entrechtung, einschließlich der Zerschlagung von Grundrechten, gehören in die Rubrik faschistoider Tendenzen in diesem Land. Die von staatlicher Seite aus erfolgende Diskriminierung und Beschimpfung der arbeitslos gemachten gehört in die Rubrik Volksverhetzung und sind eine Vorstufe zu Pogromen. Es wird versucht, einen Teil der Bevölkerung gegen einen anderen aufzuhetzen, um von den wirklich Verantwortlichen abzulenken.

Angesichts all dessen ist es gut, daß es Widerstand gibt gegen die Zerschlagung der sozialen Errungenschaften, daß es die Montagsdemos gibt. Auch die Ergebnisse der Wahlen zeigen, daß immer mehr Menschen mit der aktuellen Politik nicht einverstanden sind. Der Zeitschrift »Capital« zufolge sind gar zwölf Prozent der Bevölkerung nicht mit dem derzeitigen Wirtschaftssystem einverstanden! Angesichts der Verherrlichung des bestehenden Systems und der bestehenden Verhältnisse durch Politik und Medien ist das eine hervorragende Grundlage für den Widerstand gegen die herrschenden Verhältnisse. Wir wollen eine Gesellschaft, die besser ist als die derzeitige kapitalistische Gesellschaft, die dabei ist, alles an Kultur und Zivilisation über Bord zu werfen, wo bald nur noch Geld, Ellenbogen, Panzer, Jagdflugzeuge und Atombomben zählen. Es wird Zeit, daß die Menschen dieser Entwicklung Einhalt gebieten! **Auf die Straße gegen die große Koalition der Sozialräuber!**

GUNNAR vom Anti-Hartz-Bündnis NRW

Barnimer Bürgerpost abonnieren!

Tel.: 03334/356542 (nach 18 Uhr)

Fax: 01805/7511112596 · eMail: bbp@telta.de

FH Eberswalde: Gentechnik in der Diskussion

Unkontrollierbare »Wunderwaffe«

Die außerordentlich hohe Zuschauerbeteiligung bei der Podiumsdiskussion über die grüne Gentechnik am 25. Oktober in der Aula der FH-Eberswalde mit über 120 Anwesenden machte deutlich, daß die stillschweigende Verbreitung von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) in der Landwirtschaft das öffentliche Aufsehen in der Region erregt. Dabei steht fest, daß etwa 70 % der Verbraucher und Verbraucherinnen die Gentechnik nicht wollen. Während der Diskussion ist das mehrfach durch Zuschauerkommentare, kritische Fragen und durch viel Beifall für Heiner Petersen vom Ökolandwirtschaftsbetrieb Gut Wilmersdorf und Marcus Nürnberger von Greenpeace deutlich geworden.

Für wesentlichen Gesprächsstoff sorgten hierbei die folgenden Diskussionspunkte: Während Herr Büssis (Mitarbeiter beim Max Planck Institut) von der GVO befürwortenden Seite überzeugt ist, daß Kulturpflanzen als genetisches System durch wissenschaftliche Untersuchungen verstanden, gentechnisch manipuliert und schließlich verbessert werden können, hielt Heiner Petersen entgegen, daß die Natur in ihrem Gesamtgefüge mit all ihren Kreisläufen, natürlichen Prozessen und Regularien perfekt ist und nicht durch menschliche Aktivitäten verbessert werden kann.

Während andererseits Herr Piprek als GVO anbauender Landwirt die angeblichen Vorteile der Gentechnologie hervorhebt, den Genmais anbau auf seinen Feldern als wissenschaftlichen Versuch dahinstellt, hierbei aber betont, wie wichtig sachlich geführte Diskussionen bei diesem Thema seien, übt Marcus Nürnberger daran deutliche Kritik. Denn einerseits sei es nicht legitim, von einem wissenschaftlichen Versuch zu sprechen, weil auf Pipreks Feldern keine unabhängige Forschung betrieben wird, sondern Mais zum Verkauf erzeugt werden soll. Andererseits wurden durch den Anbau von Genmais in Hohenstein bereits klare Fakten geschaffen und die lokale Bevölkerung wurde vor vollendeten Tatsachen gestellt, anstatt über die möglichen Gefahren und Risiken im Vorfeld zu diskutieren.

Neben vielen weiteren Beiträgen z.B. von Christoff Potthoff vom genethischen Netzwerk, der die Frage stellte, wo eigentlich Monsanto bei solchen Podiumsdiskussionen bleibt oder Martin Webber, der eine grundlegende Kritik an der Sichtweise übte, daß die Natur entweder Gut oder Böse sei (Schädlinge gegen Nützlinge, Kulturpflanzen gegen Unkräuter ...) und dementsprechend vom Menschen umgestaltet wer-

den müßte (z.B. durch die Gentechnik), war auch der Redebeitrag von Reinhard Dalchow, Umweltbeauftragter der evangelischen Kirche, sehr bemerkenswert und erntete viel Beifall. Er hatte hervorgehoben, daß wir zwar die Forschung brauchen. Die Forschung muß jedoch dem Menschen und der Umwelt dienen. Hier gibt es bereits gute Beispiele, wie Ökologie, Ökonomie, soziale Verantwortlichkeit und Ethik zusammengehen können. Beispielsweise wurde die Bionik als Fachwissenschaft genannt, die Funktionsprinzipien und Mechanismen aus der Natur untersucht und nachempfunden, um sie später für die Gesellschaft sinnvoll einsetzen zu können (Bsp.: Kleidung die sich ohne Chemie selbst reinigt). Solche interdisziplinären und ganzheitlichen Ansätze müßten daher ausgebaut und weiterentwickelt werden, anstatt sich zu sehr auf die Gentechnik zu fokussieren,



Von links nach rechts: Prof. Büssis (Uni Potsdam, Max Planck Institut), Herr Piprek (Landwirt, der Genmais in Hohenstein bei Straußberg angebaut hat), Prof. Pi-orr (Moderator, FH-Eberswalde), Heiner Petersen (Ökolandwirt, Mitinitiator der gentechnikfreien Zone Barnim-Uckermark), Marcus Nürnberger (Greenpeace)

die all zu oft als »Wunderwaffe« gegen den Welt-hunger oder als »moderne Zukunftstechnologie« angepriesen wird.

In fast allen Fällen entspricht sie dabei nicht diesen hohen Idealen, sondern hat zu gravierenden Problemen geführt. In Kanada hat sich z.B. Genraps unkontrolliert ausgebreitet und die Kontamination mit GVO ist dort nicht mehr rückholbar. In Indien hat der Verkauf von gentechnisch verändertem Baumwolle-Saatgut dazu geführt, daß erhebliche Ernteeinbußen eingetreten sind und die Bauern sich stark verschuldet haben. Weil viele indische Landwirte keinen Ausweg mehr aus dieser Schuldenfalle gesehen haben, haben sich laut Aussage der alternativen Nobelpreisträgerin, Vandana Shiva, über 20.000 von ihnen das Leben genommen.

DANIEL FISCHER

P.S.: Eine Zusammenstellung der Filmaufnahmen von der Podiumsdiskussion soll nach Möglichkeit auf der Seite der Fachhochschule Eberswalde <http://www.fh-eberswalde.de/info.htm> veröffentlicht werden. Das kann jedoch noch eine Weile dauern. Deshalb bitte ich um Geduld.

25 % Erneuerbare Energie

Straßburg (ekb/bbp). Das Europäische Parlament hält es für realistisch, heißt es in einer kürzlich vom Energiesparkontor Barnim e.V. verbreiteten Nachricht, den Anteil regenerativer Energien an der Energieversorgung bis zum Jahr 2020 auf 25 Prozent zu erhöhen. Das seien fünf Prozentpunkte mehr als das bisherige Ziel des Parlaments vorgibt. »Neue Studien kommen zu dem Ergebnis, daß eine Zielvorgabe von mindestens 25 Prozent realisierbar ist, wenn bessere Rahmenbedingungen für erneuerbare Energieträger und Energieeffizienz gegeben sind«, heißt es in einer Entschliebung, die das EU-Parlament am 29. September verabschiedet hatte.

Wie das Parlament feststellt, sei der Erfolg Erneuerbarer Energien nicht nur notwendig, um die klimapolitischen Ziele der EU zu erreichen, sondern auch, um die Export- und Innovationsfähigkeit der europäischen Wirtschaft sicherzustellen sowie um Arbeitsplätze zu schaffen. Mit Nachdruck weist die europäische Volksvertretung zudem darauf hin, daß Erneuerbare Energien die Abhängigkeit Europas von Energieeinfuhren verringern und damit politische und wirtschaftliche Risiken eindämmen.

Insgesamt will das EU-Parlament 21 verschiedenen Technologien fördern. Besondere Bedeutung könne neben der schon jetzt sehr erfolgreichen Windenergie die Bioenergie bekommen. Unter der Überschrift »Biomasse - der schlafende Riese unter den erneuerbaren Energieträgern« heißt es in der Entschliebung, daß die Bioenergie ihrer zahlreichen Vorzüge wegen besonders unterstützt werden müsse. Die Europäische Kommission soll z.B. die Mineralölkonzerne verpflichten, dem Benzin Bioethanol beizumischen und dessen Anteil am Kraftstoff schrittweise zu erhöhen.

Verbessert werden soll auch die Entwicklung neuer Technologien zur Nutzung Erneuerbarer Energien – z.B. Kraftwerke, die von Wellen oder Meeresströmungen angetrieben werden. Im 7. Forschungsrahmenprogramm der EU sollen daher 300 Millionen Euro jährlich für die Erneuerbare-Energie-Forschung bereitgestellt werden.

In der Entschliebung stellt das Parlament namentlich der BRD und Spanien gute Noten bei der Einführung Erneuerbarer Energien aus. Diese Mitglieder hätten »einen geeigneten politischen Rahmen für die Erfüllung ihrer nationalen Zielvorgaben geschaffen«, heißt es. Die in der BRD geltenden Einspeiseregulungen könnten auch bei einer europaweit harmonisierten Förderung der Erneuerbaren Energien sinnvoll sein, um allen Technologien zum Erfolg zu verhelfen.

Das Papier zum Download: [www2.europarl.eu.int/registre/seance_pleniere/textes_deposes/rapports/2005/02_27/P6_A\(2005\)0227_DE.doc](http://www2.europarl.eu.int/registre/seance_pleniere/textes_deposes/rapports/2005/02_27/P6_A(2005)0227_DE.doc) (siehe auch: www.unendlich-viel-energie.de)

**Beratung für
Kriegsdienstverweigerer**
mit Thomas Lehmann

im Begegnungszentrum »Wege zur Gewaltfreiheit«,
16225 Eberswalde, Brautstraße 34, Tel. 03334/22398

Hat Lenin doch noch Gemüse gezüchtet?

von Dr. Rainer Thiel

Der folgende Beitrag wäre auch unserer gelegentlichen Rubrik »Bei anderen NICHT gelesen« zuordenbar. Geschrieben als Antwort auf einen Artikel, den der Historiker Wolfgang Ruge anlässlich des 85. Jahrestags der russischen Oktoberrevolution am 7.11.2002 in der Tageszeitung »Neues Deutschland« veröffentlicht hatte, liegt der Beitrag seit dem 12.11.2002 im Leserbriefkorb der sozialistischen Tageszeitung. Bislang noch unveröffentlicht. Die »Barnimer Bürgerpost« nutzt den Anlaß der 88. Wiederkehr der »Großen Revolution«, um diesem Versäumnis abzuhelpfen. Aus Platzgründen mußte der Beitrag leicht gekürzt werden.

I.

Wolfgang Ruge hat spannende Geschichtswerke verfaßt ... Was aber Ruge am 7.11.2002 im Neuen Deutschland zum Druck brachte (»Als Lenin nur noch Gemüse züchten wollte«, nebst Glossen zu Marx), hätte er zuvor anhand von Literatur prüfen müssen. Es stimmt einfach nicht, daß Marx Voraussagen gemacht hätte. Das ist von Ruge, überhaupt von uns allen, Marx nur untergeschoben worden: Der Wunsch war Vater unseres Gedankens. Auch Marx und Engels haben Wünsche gehegt, sie haben Denkmöglichkeiten erkannt und Visionen formuliert. Ohne Hypothesen und Visionen keine Wissenschaft und keine Politik. Doch Voraussagen haben Marx und Engels strikt abgelehnt und auch nicht ausgesprochen, nicht einmal im Vorwort zur Kritik der politischen Ökonomie. Wer genau liest, wird bemerken, daß Marx dort eine hochinteressante Hypothese aufgestellt, aber keine Voraussage getroffen hat...

Nun zu Ruge über Lenin. Daß Lenin 1902 (»Was tun?«) über eine Partei von Berufsrevolutionären nachdachte, war angebracht und widersprach auch Marx nicht, der es offengelassen hatte, ob nicht die Folgen der Entfremdung auf Dauer stärker sein könnten als die revolutionären Eigenschaften der Arbeiterklasse. So ist es leider gekommen. Schon 1851 – zu konterrevolutionärer Zeit – fragte Engels, **warum** denn »das `Volk` sich derart verraten ließ« (MEW 8 Seite 6). Nur ließ Lenin 1902 außer acht, daß auch ein guter Gedanke infrage gestellt werden muß: Gibt es vielleicht ein kritisches ABER, daß man dem Gedanken anhängen muß, um danach weiter zu denken? Was könnte denn das größte annehmbare Unglück (GaU) sein, wenn man – auf Dauer und auch nach Aufhebung der Illegalität – die Bewegung **Berufs-Revolutionären** anvertraut? Marx war gründlicher. Die Pariser Kommune war noch nicht zu Ende, da schon betonte er, daß die gewählten Stadträte »verantwortlich und jederzeit absetzbar« und »an die bestimmten Instruktionen ihrer Wähler gebunden seien«. Es »konnte nichts dem Geist der Kommune fremder sein, als das allgemeine Stimmrecht durch hierarchische Investitur zu ersetzen«. (MEW 17, Seiten 339, 340)

Daß Lenin seinen gebildeten Partnern nicht kritiklos vertraute, sondern auch auf »unbekannte« und »wenig gebildete« Bolschewiki setzte, wie Ruge schreibt, ist ja auch nicht ganz abwegig gewesen. Immerhin wurde der Oktober-Aufstand 1917 in Petrograd zum Erfolg.

Um zu verstehen, was **nach** dem Oktober geschah, muß man ein wenig tiefer in die Materie eindringen. Dazu möge folgender Aufsatz anregen.

II.

(Auszug aus Vortrag vom 9. 11. 01 in Deutscher Gesellschaft für Kybernetik, dort unter dem Titel »Nichtlinearität als ein Dialektik-Muster in Kybernetik und Mathematik – Mitteilung eines Sachverhalts von allgemeinem Interesse«)

Akten genügen nicht. Wollen Historiker Geschichte schreiben, müssen sie umgehen mit Mustern, die im Kopf handelnder Menschen wirken, ohne aktenkundig zu sein. Daß es solche Muster in den Hinterköpfen gibt, hat Goethe – selbst wieder in Form eines Musters – poetisch ausgedrückt: »Ein guter Mensch in seinem dunklen Drange ist sich des rechten Weges wohl bewußt.« Gleich, was der rechte Weg auch immer sei – zu den Vorstellungen vom rechten Weg gehören für Linke das Muster »Revolution« und das Muster »Umschlagen quantitativer Veränderungen in Qualitative«, und beide Muster sind für Linke gleichbedeutend mit dem Muster »Plötzlichkeit«, heute noch.

Daß da etwas nicht stimmt, lernte ich aus zwei Quellen: Erstens aus der Mathematik. Zweitens lernte ich es bei Galilei, Hegel, Marx und Engels. Klammer der beiden Geistesströme ist der mathematische Begriff »Nichtlinearität«. Hegel erkannte 1812 (siehe »Wissenschaft der Logik«, Erster Teil) den grundsätzlichen Zusammenhang zwischen **Nichtlinearität** (»Potenzenverhältnis«) und dem Muster »Umschlagen quantitativer Wandlungen in qualitative«. Das befähigte Hegel, seine philosophisch richtige Auffassung zu entwickeln, wonach qualitativer Wandel überhaupt nichts mit Zeit oder gar Plötzlichkeit zu tun hat, auch daß es falsch ist, Evolution und Revolution einander entgegenzustellen. In den Naturwissenschaften wurde »Nichtlinearität« als grundlegendes Muster erst Ende des 20. Jahrhunderts erkannt ...

Marx und Engels nutzten Hegels Entdeckungen von 1812 und hinterließen uns ihre Auffassungen vom qualitativen Wandel, heute in den MEW-Bänden 15, 20 und 23 nachlesbar. Marx und Engels kamen leider nicht umhin, gemäß herrschendem Sprachgebrauch herausragende Aufstände als Revolutionen zu bezeichnen (was man besser nicht tun sollte), aber sie wußten, daß der Wandel vom Kapitalismus zum Sozialismus nicht plötzlich erfolgen kann. Dieses Märchen – egal, wer es erfunden hat – haben wir von Stalin übernommen:

»Die Dialektik betrachtet den Entwicklungsprozeß... als eine Entwicklung, die von unbedeutenden und verborgenen quantitativen Veränderungen zu sichtbaren Veränderungen, zu grundlegenden Veränderungen übergeht, in welchen die qualitativen Veränderungen nicht allmählich, sondern rasch, plötzlich, in Gestalt eines sprunghaften Übergangs von einem Zustand zu dem anderen Zustand eintreten.....«

Stalin hat damit gesagt: Erste Phase sind unbedeutende, unmerkliche quantitative Änderungen im Rahmen eines Zustands, im Rahmen **einer Qualität**. Zweite Phase: Die quantitativen Änderungen schlagen plötzlich – Stalin betont »plötzlich« – in eine andere **Qualität** um. Wesen des Umschlagens quantitativer Veränderungen in qualitative sei die Zweiphasigkeit, wobei die zweite Phase plötzlich eintrete.

Das schlägt nun Hegel, Marx und Engels ins Gesicht.

Hegel, Marx und Engels hatten erkannt, daß sog. **Quantität für sich** und sog. **Qualität für sich** Abstraktionsprodukte des Menschen sind, getrennt nur als Abstrakta, doch nicht in Wirklichkeit. Für viele Analysen ist die **begriffliche Unterscheidung** nützlich. Doch Unterschiede **dauerhaft** getrennt zu **halten** wird verheerend. (Marx hat solche Fixierungen als Fetischisierung bezeichnet.) Hier paßt ein Wort von Hegel und von Engels: »Erst machen die Menschen Abstraktionen, und dann tun sie sich schwer, die Abstraktionsprodukte in ihrer realen Einheit wiederzufinden.« Wir werden in der Schule so trainiert... Wir Helden des Schubkastendenkens nutzen besondere Tricks, um langfristigen, allmählichen Wandel von »Qualität« **auffällig** zu machen: Wir ersetzen die Ganzheit des Prozesses durch Signale, zum Beispiel »Marksteine«, an denen Politiker sich breitbeinig ergötzen. Von den Medien werden statt **Entwicklungsberichten** kurzdauernde, doch schillernde **Events** bevorzugt, wegen der Einschaltquote. Und die Streiter für Gerechtigkeit brauchen, um überhaupt bemerkt zu werden, auffällige Aufstände, in denen qualitativer Wandel, sich über lange Zeit hinziehend, auffällig **aufscheint** und zum **Signal** wird, Menschen anregend, den Wandel in Breite und Tiefe zu vollziehen, was niemals plötzlich gelingen kann.

Selbst die »Mauer« fiel nicht an einem Tag, sie fiel seit 28 Jahren. Was daran plötzlich schien, war **künstlich** und zum Schaden Deutschlands, der Ostdeutschen zuerst, die Arbeitsplätze und Würde verloren, nun auch der Westdeutschen, denn die Vorteile rascher Markterweiterung sind aufgebraucht, Vernichtung von Potenzen ward zum Bumerang. Der Weg allmählicher Maueröffnung erfuhr einen Interruptus. Zum Glück nicht mit Bomben, sondern durch mißverständliche Anweisung von Polit-Bürokraten, durch eine Episode im allmählichen Prozeß. Auch was am 11.9.01 in New York als Terror **aufblitzte** und Aufmerksamkeit erheischte, war Episode der längst qualierenden westlichen Gewaltherrschaft, die allmählich entweder **absolut** oder durch zähen Widerstand **überwunden wird**. In Ganzheiten führen quantitative Wandlungen zugleich auch qualitative

Wandlungen mit sich, in Permanenz. Das drückt sich in ihrer Nichtlinearität aus. Darüber habe ich ausführlich und tief gegliedert in meinem Buch berichtet: »Die Allmählichkeit der Revolution – Blick in sieben Wissenschaften«, herausgegeben von Herbert Hörz in der Reihe »Selbstorganisation sozialer Prozesse«.

Schnelle Leser müssen mit Symbolen vorlieb nehmen: Eine Grafik von M.C. Escher (gemeint ist die Titelgrafik von »Allmählichkeit der Revolution«) und ein Wort von Marx aus seinem Hauptwerk »Das Kapital« Band I: »...abstrakt strenge Grenzlinien scheiden ebensowenig die Epochen der Gesellschafts- wie der Erdgeschichte.« (MEW 23.391. Komplexere Belege – und nicht nur Symbole – aus Hegel, Marx und vielen anderen Quellen in »Allmählichkeit der Revolution«.

Und wie stehts mit Lenin?

Lenin hat leidenschaftlich Hegel studiert. Davon zeugt sein philosophischer Nachlaß. Lenins umfangreiche Sammlung von Excerpten und Randglossen zu Hegel ist 1914 bis 1916 entstanden, in der DDR in hoher Auflage gedruckt. Doch trotz Hegel-Verehrung ist Lenin mit dem Umschlagen quantitativer Veränderungen in qualitative nicht zurechtgekommen. Ausgerechnet dort, wo Hegel ausdrücklich die Nichtlinearität in Anspruch nimmt (von ihm »Potenzenverhältnis« genannt), notiert Lenin: »äußerst unklar« und »Ohne Studium der höheren Mathematik ist das alles unverständlich.« (LW 38 Seite 110 f.)

Da aber Lenin Hegels *Potenzenverhältnis* nicht entschlüsseln konnte, fragte er: Wodurch unterscheidet sich der dialektische Übergang von einem Zustand zum anderen? Von einer Qualität zur anderen? Lenins Antwort: »Durch das Abbrechen der Allmählichkeit.« (LW 38 S. 272., s auch S. 339) Lenin spricht von »Sprung«, ein Wort, das auch Hegel verwendet. Doch Lenin erkennt Hegels *Metaphorik*. Wenn Lenin von »Abbrechen der Allmählichkeit« spricht, so gibt er dem Worte »Sprung« – im Gegensatz zu Hegel – die Bedeutung »Plötzlichkeit«.

Auf diesem Stand von 1914 verharrten auch die Lehrbücher der DDR bis zum bitteren Ende. Da aber Allmählichkeit mitunter auch sinnfällig ist, wird im Lehrbuch aus der Akademie der Wissenschaften 1967 und im »Philosophischen Wörterbuch« Lenins Unterbrechung der Allmählichkeit als »relative« Langsamkeit übertüncht. Das philosophische Problem wird umgangen. Hegel und Marx werden ignoriert, um nicht zugeben zu müssen, daß quantitativer Wandel **stets und ständig** mit qualitativem einhergeht.

Darauf hatte ich erstmals 1962 aufmerksam gemacht. Die Voraussetzungen zu entschlüsseln, unter denen große Worte wie »Quantität« und »Qualität« massenhaft gebraucht werden, wäre eines Instituts für Philosophie würdig gewesen. Stattdessen wurde das erkenntnistheoretische Problem auf ein bloßes »mehr oder weniger schnell« reduziert. Darüber hätten Hegel und Marx nur gespottet.

Hat Lenins Fehlinterpretation Einfluß gehabt auf Weltgeschichte? Die Frage wäre überflüssig, wäre Lenin Universitätsgelehrter gewesen. Das war er nicht. Er hat sich eingemischt, damit die Völker aufhören, im Weltkrieg sich

gegenseitig abzuschlachten. Und dann – den Boden denen, die ihn bebauen!

Lenin war von vielerlei Paradigmen geleitet, aus seinem Hinterkopf und auch ausdrücklich, darunter das Muster der **Langwierigkeit** tiefgreifender Umwälzungen. Lenin war auch bedrückt durch terroristische Operationen, z.B. Kornilows, gegen die basisdemokratischen Organe des Volkes, die Sowjets.

Aber unter den vielen Mustern und neben vielen Zwängen, sich gegen Terror zu wehren, gab es auch das Paradigma vom Umschlagen quantitativer Veränderungen in qualitative, das



Die Allmählichkeit der Revolution
Grafik: M.C. Escher

Lenin als »Abbrechen der Allmählichkeit« verstanden hat, also als Plötzlichkeit, wenn auch mit dem Prinzip der Langwierigkeit konkurrierend. Beide Muster haben Lenins politische *Entscheidungen* beeinflusst. Deshalb meine ich, daß ihm – gemessen an seinen eignen Visionen – ein Fehler unterlief. Die Lage war so: Der Oktoberaufstand in Petrograd war fabelhaft erfolgreich und für die ganze Welt Signal: Schluß mit dem Krieg! Der Aufstand – unter andrem vorbereitet durch Befehlsverweigerungen und Soldatenverbrüderungen an der Front – konnte wohl in der Hauptstadt Petrograd als Aufgipfelung empfunden werden, als Zäsur auf der politischen Oberfläche des allmählichen historischen Stromes, doch nicht als Einschnitt bis zum tiefsten Grund und nicht fürs ganze weite Land vom Bug bis Wladiwostok. Die Menschen, welche am 25. Oktober die verhaßte, kriegseifrige Kerenski-Regierung verjagten – das war leicht getan –, hätten sich binnen weniger Wochen qualifizieren müssen nicht nur für die Kontrolle, sondern auch für die Lenkung der Produktion und des Verkehrs. Als Empiriker sah das Lenin durchaus. (LW 26. Seiten 97, 469, 495)

Doch seine berechtigte Option und sein Eifer verschmolzen mit dem unsäglichen Muster der Plötzlichkeit, als wäre die gewünschte neue Qualität am 25. Oktober schon eingetreten und alles weitere nur noch Bewahrung des rasch Erreichten und Nachbesserung. Im Januar 1918 schreibt Lenin: »Das russische Volk tat einen Riesensprung, den Sprung vom Zarismus zu den Sowjets« (LW 26 S. 438). Das war weit überzogen. Das Paradigma »Plötzlichkeit« hat Lenin verleitet, verheißungsvolle Anfänge zu überschätzen und in nachfolgenden Wochen maximalistisch zu handeln.

Natürlich suchten Gegner den langfristigen Wandel im Keim zu ersticken ... (LW 26.495) Doch Überschätzung des Erreichten, Unterschätzung der Langwierigkeit des Werdens so-

wie die Verwechslung von Aufstand und Revolution verengten das Bild von der Bundesgenossenschaft, die Lenin brauchte. Wegen Schwierigkeit und Langwierigkeit des Werdens neuer Qualität mußte im Januar 1918 die Bundesgenossenschaft sehr weit gefaßt werden.

Aber das Muster »Plötzlichkeit« schien hinein in die Sicht der Dinge und blendete. Vorm Hintergrund der (durchaus problematischen) Bundesgenossenschaft hätte das Muster der **Allmählichkeit** des Qualitätsumschlagens beachtet werden müssen. Stattdessen dominierte das Muster vom Abbruch der Allmählichkeit durch den erfolgreichen Oktoberaufstand. Das machte ungeduldig, tiefgreifenden Wandel in rasendem Tempo zu erzielen, in Tagen oder Wochen.

Mit dem Muster des Plötzlichen im Hinterkopf warf Lenin um die Jahreswende 1917/18 potentiellen Bundesgenossen schwankende Haltung vor und setzte ihnen – wie ich meine – zu scharfe Ultimaten nach dem Prinzip: Entweder ihr seid mit uns oder ihr seid gegen uns. (Ich sehe 15 Belege allein in LW 26)

Ein halbes Jahr nach dem Oktoberaufstand hat Lenin als Geschichtskenner, zugleich aus einem Anlaß, den ihm Gegner lieferten, das Muster von der Plötzlichkeit verworfen und mit Ironie begossen: Es gibt, schreibt Lenin im April 1918, viele Leute, »die als Sozialisten gelten möchten« und »sich an die abstrakte Gegenüberstellung von Kapitalismus und Sozialismus gewöhnt haben, wobei sie zwischen beide in tiefsiniger Weise das Wort 'Sprung' setzten.... Daß solche Sprünge Perioden von 10 und vielleicht noch mehr Jahren umfassen, darüber verstehen die meisten sogenannten Sozialisten nicht nachzudenken....« (LW 27. 264) Das ist noch nicht die Escher-Grafik und nicht das oben zitierte Marx-Wort, denn dort wird »Allmählichkeit« nicht wie bei Lenin und den m.l. Lehrbüchern darauf reduziert, daß Gegensatzumschlagen »auch etwas länger dauern« kann. Qualitätsumschlagen ist bei Hegel und Marx **nicht in Zeitmaß umgefälscht**. Dagegen ist mit Marxens Wort zum Ausdruck gebracht, daß es **permanent** geschieht und **deshalb** allmählich ist. Das ist in »Allmählichkeit der Revolution – Blick in sieben Wissenschaften« belegt und erläutert.

Literatur:

- Galileo Galilei: Diskursionen und mathematische Demonstrationen (1638). Siehe auch B. Brecht: Galilei
- G. W. F. Hegel: Wissenschaft der Logik, 1812
- MEW – Marx Engels Werke in 43 Bdn. Dietz Verl. Berlin
- LW – Lenins Werke in 40 Bänden. Deutsch nach der 4. russischen Ausgabe. Dietz Verlag Berlin
- R. Thiel: »Zum Gebrauch der Kategorien Quantität und Qualität«, in Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Berlin, 1963 Heft 4. In der Studie kommt außer Marx und Engels ein wenig Mathematik vor. Sie wurde gedruckt, weil der Autor bekannt war als Mitstreiter von Georg Klaus, den man als Altkommunisten nicht beliebig diskriminieren konnte.
- R. Thiel: Der heuristische Gebrauch mathematischer Begriffe. VEB Dt. Verl. der Wissenschaften Berlin 1967
- R. Thiel: Mathematik – Sprache – Dialektik. Akademie-Verlag Berlin 1975
- R. Thiel: »Die Allmählichkeit der Revolution«, herausgeg. von Herbert Hörz in der Reihe »Selbstorganisation sozialer Prozesse«, LIT Verlag Münster 2000, ISBN 3-8258-4945-7, rezensiert von Rolf Löther in ND 22. 9. 2001 unter dem Titel »Die Allmählichkeit der Revolution – Von der Chaos-Theorie zum PDS-Programm – Kommt der große Kladderadatsch?«

Betrachtungen und Erinnerungen zu einem schwierigen Thema (Teil 2):

Einigkeit und Recht und Freiheit – Deutschland einig Vaterland

von Rolf Richter

Schwierig ist das Thema Einheit in Deutschland immer gewesen. Rolf Richter begann seine Betrachtungen mit einem kleinen geschichtlichen Rückblick hin zur verlorenen demokratischen Revolution von 1848 und die mit »Blut und Eisen« realisierte erste Vereinigung. Die frühen Kindheitserfahrungen Rolf Richters waren von Bombenkrieg und Flucht aufs Land geprägt. Und plötzlich war zwischen Fluchort und ehemaliger Heimat eine Grenze. »Was nun folgte«, endete der erste Teil, » der Kampf um die Einheit Deutschlands – vom Verfassungsentwurf der SED (November 1946) bis zur Stalin-Note (1952) – hat meine Grundschulzeit geprägt«.

Diverse Straßen und Plätze »der Einheit« sind Relikte dieser Zeit, die von viel Propagandalärm erfüllt war. Mich mußte man nicht davon überzeugen, daß dieser Kampf notwendig war. Lebten wir doch gewissermaßen im Niemandsland zwischen den Zonen. Zwanzig Jahre hatten meine Eltern in Hannover zugebracht, und ich war dort geboren. An eine dauernde Trennung der Teile Deutschlands konnten wir zunächst nicht glauben. Unsere Rückkehr stand jahrelang zur Debatte. Mein Vater engagierte sich in der Stendaler Stadtverwaltung, aber in Hannover wurde ihm seine Stelle als Studienrat offengehalten. Für die Rückkehr sprachen die Beamtenstelle und der dortige Freundeskreis, dagegen natürlich die Unmöglichkeit, das bißchen Hausrat, das nach Stendal gerettet oder als Erbe von den Großeltern erworben war, mitzunehmen. Wir hätten in Hannover vor dem Nichts gestanden. Mit immer neuen Bescheinigungen des Umsiedleramtes (*»Die Dienststelle bescheinigt hiermit, daß zur Zeit eine Rücksiedlung nach Hannover mit Mobiliar und Hausrat nicht möglich ist. Einen Termin für eine legale Rücksiedlung vermag die Dienststelle nicht anzugeben«*, lautete der Revers vom 16. September 1947) versuchte mein Vater seine unbezahlte Beurlaubung zu verlängern. Schließlich riß den Schulbehörden in Hannover die Geduld. Er müsse sich endlich entscheiden, schrieb man im April 1948, und: *»Dann muß er aber auch die Unannehmlichkeit in Kauf nehmen, sich zeitweise von seiner Familie zu trennen.«*

Anfang Juni 1948 lief die Stelle endgültig aus. Am 18. 6. begann die von den Westmächten einseitig beschlossene Währungsreform. Am 23. 6. zog die SBZ nach, am 24. 6. begann die Berlin-Blockade. Bis dahin hatte man zum Beispiel Druckerzeugnisse aller Zonen auch im Osten beziehen können. Nicht nur das war nun vorbei – der Kalte Krieg entbrannte auch in Deutschland in voller Härte. Unannehmlich-

keit, zeitweise Trennung? Es wäre gar nicht abzusehen gewesen, wann eine legale Übersiedlung möglich gewesen wäre. Jedenfalls bedeutete die Zerstörung der Wirtschaftseinheit durch die einseitige Währungsreform vom Juni 1948 die eigentliche Teilung Deutschlands, die nachher entgegen den Wünschen vieler nicht mehr rückgängig zu machen war. Von diesem Zeitpunkt an regierte die Logik der Absonderung beider Teile Deutschlands.

Im Juli 1948 berieten die Westministerpräsidenten die *»Frankfurter Dokumente«* (die von den Westmächten vorgegebenen verbindlichen Inhalte des zukünftigen Grundgesetzes) – ohne die Ostzonenvertreter. September: Der Parlamentarische Rat verabschiedet das Grundgesetz. November: Es gibt zwei konkurrierende Verwaltungsspitzen in Berlin. Mai 1949: die Militärgouverneure genehmigen das Grundgesetz. Wie auf Schienen lief der Prozeß der separaten westdeutschen Staatsgründung ab, bis im September Konrad Adenauer erster Bundeskanzler wurde. Der Osten konnte nur kapitulieren oder nachziehen. *»Es lebe und gedeihe das einheitliche, unabhängige, demokratische, friedliebende Deutschland!«* – So lautete der Schlußsatz des Glückwunschtelegramms Stalins vom 13. Oktober 1949 zur Gründung der DDR. Da war die Einheit Deutschlands schon für Jahrzehnte begraben, aber das wußten wir, das glaubten wir damals noch nicht.

Am Abend des 6. Oktober 1949 erlebte ich den abendlichen Fackelzug der Jugend vor den gespenstischen Kulissen des zerbombten Berlin (auch die gewaltige Brandruine des Schlosses stand noch). Trotz aller Sorgen gab es damals auch große Hoffnung. Das Leben sollte, es mußte besser werden, und der neue Staat bedeutete auch einen friedlichen Neuanfang der deutschen Geschichte. Frieden war ja damals keine Phrase, sondern ein Wort, das viele bewegte. Immerhin hatte die UdSSR 1947 ebenfalls den Besitz von Atomwaffen bekanntgegeben, und Anfang 1950 ging vom Stockholmer Friedenskongreß der Appell zur Ächtung der Atomwaffen aus. Doch mit der Angst vor einem Atomkrieg mußte man lange Zeit leben, und Fortschritte im Kampf um die deutsche Einheit wurden trotz vieler Bemühungen auch westdeutscher Politiker nicht erreicht. Statt dessen wuchs der Gegensatz zwischen den bald in NATO bzw. Warschauer Pakt eingebundenen deutschen Staaten. Wirtschaftlich machte die DDR nicht die Fortschritte, die wir uns wünschten. Die offene Grenze war nicht der einzige Faktor, der das verursachte, aber ihr Einfluß war nicht zu übersehen. Eines Tages blieb der Platz neben mir in der Abitur-Klasse frei. Nun

verstand ich plötzlich, warum meine Mitschülerin, die bisher dort saß, mir zwei Tage zuvor ein wertvolles altes Buch geschenkt hatte, von dem sie wußte, es würde mich interessieren. Ihre Familie – der Vater war Leiter der Versicherungsanstalt – hatte den Weg nach Westberlin genommen, wie wenig früher mein Biologie-Lehrer, der uns bis dato die Erkenntnisse der Lysenko'schen Biologie vermittelt hatte.

Zunächst gaben uns allerdings die beiden Stalin-Noten vom Frühjahr 1952, die damals eine politische Sensation waren, wieder Hoffnung. Hätten die Westmächte den Ball aufgenommen, so wäre wohl ein neutrales und (wahrscheinlich) kapitalistisches Gesamtdeutschland das Resultat gewesen – eine ähnliches Arrangement, wie es drei Jahre später der Staatsvertrag für Österreich brachte. Über die Gründe des Angebotes und seiner raschen Ablehnung ist ja viel spekuliert worden. Wohlmeinende westdeutsche Historiker haben es als einen Fehler bezeichnet, daß die Ernsthaftigkeit der Absichten Stalins nicht erprobt worden sei.

Eine mögliche Chance sei verpaßt worden. Nur war die internationale Situation beim Abschluß des österreichischen Vertrages 1955 deutlich anders als 1952. Aus dem Patt im Korea- und Vietnamkrieg hatte sich beiderseits die Bereitschaft entwickelt, diese militärischen Konflikte zu entschärfen. Der politische Umsturz in der DDR war 1953 versucht worden, aber nicht gelungen. Außerdem fragt es sich, ob nicht die Einbeziehung des größeren Deutschland mit seinen ökonomischen und militärischen Potenzen in die NATO (1954) für den Westen die österreichische Lösung erst annehmbar gemacht hat. Die Widerstände gegen eine Neutralisierung Deutschlands waren jedenfalls stark und vielfältig. Das französische Sicherheitsbedürfnis rechnet hierzu. Die beiden deutschen politischen Lager wären über einen notwendigen innenpolitischen Kompromiß wenig begeistert gewesen. Beiden Seiten war es im Grunde lieber, das halbe Deutschland ganz als das ganze halb zu haben, zumal sich die weitere Entwicklung nach einem so prekären Kompromiß kaum berechnen ließ. Der deutsche Staat wäre über kurz oder lang gezwungen gewesen, sich zwischen einer imperialistischen Politik im Gefolge des Westens und einer wirklich neutralen Haltung – mit entsprechenden ökonomischen und militärischen Konsequenzen – zu entscheiden. Aber ausschlaggebend war sicher, daß der Westen nicht bereit war, sich seinen abgestimmten Fahrplan für die Westbindung der Bundesrepublik stören zu lassen.

Fortsetzung folgt

»Max Reimann – schon mal gehört?«

Eberswalde (prest-ew). »Zeitensprünge« heißt ein Förderprogramm, das gemeinsam vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg und von der Stiftung Demokratische Jugend aufgelegt wurde. Das Programm ruft Kinder und Jugendliche im Alter von 12 bis 18 Jahren des Landes Brandenburg auf, spannende Geschichte(n) zu entdecken, zu erforschen, zu dokumentieren.

Aus dem Landkreis Barnim hat sich der Jugendverein »Young Rebels« e.V. in enger Zusammenarbeit mit dem städtischen Jugendclub »Am Wald« aus dem Brandenburgischen Viertel mit dem Projekt »Max Reimann – schon mal gehört?« an der Ausschreibung beteiligt. Vor kurzem traf der Zuwendungsbescheid für die beantragten Fördermittel ein, sodaß die Forschungsarbeit endlich beginnen kann.

Das Forschungsprojekt untersucht aus dem Blickwinkel Jugendlicher die soziale und räumliche Entwicklung des Brandenburgischen Viertels von 1977 bis in die heutige Zeit. Für ihre Forschungsarbeit benötigen die »Young Rebels« praktische Hilfe.

Gesucht werden Material und Informationen über das Brandenburgische Viertel ab dem Jahr 1977. Dies können Fotos, zeittypische Sachen und Gegenstände oder andere Quellen sein.

Weiterhin werden Zeitzeugen gesucht, die nach ihren Erlebnissen, Erfahrungen und Sichtweisen im und mit dem Kiez befragt werden sollen. Wer kann Anekdoten und Geschichte(n) aus dem Viertel erzählen?

Weiterhin sind Kinder und Jugendliche eingeladen, die Interesse am Forschen oder/und multimedialer Arbeit haben, sich an der Um-

setzung des Projekts zu beteiligen.

Die Ergebnisse unserer Forschungsarbeit werden in Form einer Video – und Fotodokumentation aufbereitet, die nach ihrer Fertigstellung im April 2006 in einer Ausstellung im Bürgerzentrum des Brandenburgischen Viertels der Öffentlichkeit vorgestellt wird.

(weitere Informationen: Jugendclub »Am Wald«, Senftenberger Str. 16, Herr Kuhnke)



Deutsche Dienststelle

(zum Volkstrauertag 2005)

Impressionen beim Besuch der Deutschen Dienststelle (WAST), der ehem. Wehrmachtauskunftsstelle für Kriegsverluste und Kriegsgefangene in Berlin Reinickendorf

ein kafkaesker Name
Deutsche Dienststelle
ein weitläufiger Gebäudekomplex
diese Dienst-Stelle
unendliche Flure und Gänge
überall ein seltsamer Geruch
das passende Ambiente für
Kafkas Prozeß

wir sind nicht in Prag
wir sind in Berlin, in
Berlin-Reinickendorf
auf dem Gelände der ehemaligen
Deutschen Waffen- und
Munitionsfabrik

hier werden schon lange
keine Granaten mehr gedreht
keine Zünder justiert und eingesetzt
von zarten Frauenhänden, Dienstverpflichteten und Zwangsarbeitern
das Kriegsgeschäft ruht
(die alten Firmen sind aus dem Geschäft seit Potsdam und den Demonstrationen)

der moderne Krieg
hat eigene Firmen und neue
Standorte, Reinickendorf ist da keine
gute Adresse, anderwärts rüstet sich
der moderne Tod
bei Dow Chemical oder in Los
Alamos oder im Silicon Valley bei
Bill Gates
in Stuttgart und München
er lauert verbunkert in Kasachstan
oder im Hunsrück
er steigt auf in Spangdahlem
oder in Ramstein, nicht bei uns

hier, in Reinickendorf
(am Eichborndamm 179)
wird kein neuer Tod erdacht
hier werden die Akten der
alten Toten, der toten Soldaten des
1. und 2. Weltkriegs
und der Soldaten, die diesem Tod
entgangen sind, gewissenhaft

geführt und verwaltet
hier ist sie die
Buchführung des Weltungeists
aufgereiht und gestapelt in endlosen
Regalen achtzehn Millionen
Karteikarten, hundertfünfzig
Millionen Verlustmeldungen
viereinhalb Millionen Nachweise in
der Zentralgräberkartei...
verteilt auf sieben Abteilungen
sieben Referate
sortiert nach Waffengattungen und
Truppenteilen
edv-mäßig erfaßt
denn sie wird weitergeführt
komplettiert und berichtigt
diese Buchführung des
Massensterbens des
Massenelends, des stolzen Wahns

hier in dem alten
restaurierten Backsteinbau
einem Denkmal der
Industriegeschichte
befinden sich die
kilometerlangen Aktensammlungen
der Zentralkartei
der Verlustmeldungen
der Gräberkartei
der Umbettungsprotokolle
der Personalakten der
deutschen Soldaten und
Kriegsgefangenen...

hier klärt man Verluste
wird benachrichtigt
werden Bescheinigungen erstellt
über Dienstzeiten
(nicht über Kriegsverbrechen)
erteilt man Auskünfte
in allen Angelegenheiten
die mit dem Dienst oder der
Beschäftigung z.B. bei der
ehemaligen Reichs- und
Kriegsmarine und der kaiserlichen
Marine zu tun haben
man erteilt gerne Auskunft
über Dienstverhältnisse und

Beschäftigungen
über Beförderungen und
Degradierungen
oder über die zwölftausend
deutschen Gefallenen jüdischer
Herkunft im Ersten Weltkrieg
die Akten liegen vor

hier klärt man sachlich und klaglos
Vermißtenfälle und Sterbefälle
Verwundungen, Erkrankungen
Unfälle und Kriegsgefangenschaft
gibt man Auskünfte über
Dienstgrad, Beförderungen,
Besoldung und Ehrungen
ist man Ansprechpartner der
ehemaligen Mitglieder
von Heer, Luftwaffe und Waffen-SS
und sonstiger militärischer und
militärähnlicher Verbände

man attestiert auch Beihilfe zum
Massenmord
obwohl man dies hier nicht so
nennen würde, man bleibt sachlich,
hier gibt es nur Dienstverhältnisse,
Meldungen und Ummeldungen
Verlustmeldungen
und Umbettungsprotokolle
Neuzugänge in der
Zentralgräberkartei
mit viereinhalb Millionen
Nachweisen
man sammelt Erkennungsmarken
aber bewertet sie nicht
hier ist eine Einheit wie die andere...

man ist kein Historiker, kennt aber
die Akten und Vorgänge
im rückwärtigen Heeresgebiet
wurden die Landschaftsgärtner nicht
müde neue Soldatenfriedhöfe
anzulegen
pantheistische Haine stolzer Trauer
durchatmet von Heroismus und
Unsterblichkeit
in dieser blutigen Zeit
da hatten sie Konjunktur

die Landschaftsgärtner und
Gräberoffiziere
der Führerbefehl war klar
man war auf dem Vormarsch
deshalb konnte es keine
Überführungen toter Soldaten
in die Heimat geben
man war auf dem Vormarsch
Leichenzüge durch das Reich
hätten die stolze Trauer untergraben
und die Wehrkraft zersetzt
deshalb das Rückführungsverbot für
Gefallene
da war es beruhigend zu lesen
daß der Führer höchstpersönlich
in einem Erlaß
die Anlage von Schneeegräbern
untersagt hatte
der deutsche Soldat
hatte auch bei minus 30 Grad
einen Anspruch auf eine
Erdbestattung
er sollte nicht die leichte Beute der
russischen Wölfe werden, das Opfer
der russischen Weite
die Feldpostnummer seines letzten
Briefs wird hier entschlüsselt
anhand der 156 Bände im Referat VII
8 Büro pro Seite Recherche

Hier sind Sie jedenfalls immer
an der richtigen Adresse
es sei denn
Sie waren oder fragen nach einem
Zwangsarbeiter da ist der
Internationale Suchdienst in Bad
Arolsen zuständig
hier sind Sie bei der WAST
der ehemaligen
Wehrmachtauskunftsstelle für
Kriegsverluste und Kriegsgefangene
kurz und klar
der
Deutschen Dienststelle

»Synergien aus Stahl«

Die Industrie- und Handelskammer mit ihren Partnern aus der Region führt die 8. Konferenz »Synergien aus Stahl« in diesem Jahr am 8. Dezember von 10 - 14 Uhr erstmals in Prenzlau durch. Damit ist die Branchenkonferenz für das metallverarbeitende Gewerbe von Frankfurt (Oder), Eisenhüttenstadt über Eberswalde (2004) in diesem Jahr im Norden des IHK-Bezirks angelangt. Traditionsgemäß soll die Konferenz dazu beitragen, Projekte in der Zusammenarbeit von Unternehmen der Metallbranche bekannt zu machen und zu befördern. Dies soll auch in diesem Jahr unter Einbeziehung polnischer Unternehmen geschehen.

Der Metallsektor ist für Brandenburg als Wachstumsbranche definiert. Nach dem Grundsatz »Stärken stärken« soll die diesjährige Konferenz auch dazu einen Beitrag leisten. In weiteren Schwerpunkten werden Aspekte des Innovationsmanagements und der Sicherung des Fachkräftebedarfs von sachkundigen Referenten ausgeführt. Wie immer werden Möglichkeiten für den Erfahrungsaustausch und für individuelle Gespräche gegeben sein. Ort: Internationales Gästehaus Uckerwelle, Brüssower Allee 48a, 17291 Prenzlau.

ANKE BIELIG, WITO GmbH
(WITO-News Wirtschaft, Oktober 2005)

Zentrale Demonstration der Montagsdemos in Berlin
5. November 2005

Wasserwandern auf der »Alten Oder«?

Um die Zukunft des immer beliebter werdenden Wasserwanderns auf der »Alten Oder« ging es bei einem Vor-Ort-Termin am 27. Oktober im Hotel »Eduardshof« in Bad Freienwalde. Die regionale Bundestagsabgeordnete der Linkspartei.PDS, Dr. Dagmar Enkelmann, hatte interessierte Bürger, Experten und Unternehmer eingeladen. Birgit Dürsch, Geschäftsführerin der Pro Projekt GmbH, nahm eine Bestandsaufnahme wassertouristischer Angebote in der Oderlandregion vor. Karsten Förster vom Kanuverleih Oderberg gab einen Proble-

maufriß für das Wasserwandern auf der »Alten Oder«. Dagmar Enkelmann legte zudem die Antwort der Landesregierung auf ihre Anfrage vor, inwieweit der alte Oderarm Freienwalder Landgraben stärker für Ruderboote und Kanus genutzt werden kann. Eingeladen zur Veranstaltung waren auch der Leiter des Biosphärenreservates Schorfheide-Chorin, Dr. Eberhard Henne, sowie der Bürgermeister von Bad Freienwalde, Ralf Lehmann.

BÄRBEL MIERAU,
Wahlkreisbüro Dr. Dagmar Enkelmann

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Anspruch auf ein ermäßigtes Abo haben Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – Mehrbetrag gilt als Spende)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über den Postweg wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

2. Unterschrift Abonnent/in

- Ich möchte den Energiebrief »BARUM 111« als kostenlose Beilage zum Abo erhalten.
- Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

Ausstellung im Bürgerbüro

Erstmals nach der Wahl zum 16. Deutschen Bundestag eröffnete am 3. November wieder eine Ausstellung im Bürgerzentrum der Linkspartei.PDS in der Berliner Str. 17 in Bernau. Bis zum Ende des Jahres wird sich die Künstlerin Wilma Fehlow mit Aquarellmalerei und einer kleinen Auswahl von Skulpturen der Öffentlichkeit präsentieren. Interessierte Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen.

BÄRBEL MIERAU

Wahlkreisbüro Dr. Dagmar Enkelmann
Berliner Str. 17
16321 Bernau b. Berlin
Tel.: 03338-459543
Fax: 03338-459544 / -49
E-Mail: wkb-d.enkelnmann@t-online.de

Kirchenparlament tagt

Am Sonnabend, dem 12. November 2005, tagt von 9.00 bis ca. 14.00 Uhr die Kreissynode des Evangelischen Kirchenkreises Barnim, das Kirchenparlament auf Kreis-Ebene. Die Synodalen werden im Gemeindezentrum im Brandenburgischen Viertel in Eberswalde, Potsdamer Allee 35 zusammen kommen. Als Gast spricht Generalsuperintendent Hans-Ulrich Schulz zum Thema: »Was Sven und Nicole mit Recht erwarten dürfen - eine Besinnung auf das Wozu der Kirche«. Nach einer Aussprache zum Vortrag stehen auf der Tagesordnung: der Bericht des Kreiskirchenrates zu aktuellen Lage, der Beschluß des Haushaltes 2006 des Kirchenkreises, ein Bericht von der Tagung der Landesynode und Informationen zur Untersuchung des Einflusses des MFS der DDR auf die Kirchenkreise und Mitarbeiter der ehemaligen Kirchenkreise Bernau und Eberswalde. Die Kreissynode tagt öffentlich.

HANS-CHRISTOPH PIETSCH,
Präses der Kreissynode

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.
anschrift: Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde
telefon: (0 33 34) 35 65 42
telefax: (0 18 05) 75 111 125 96
e-mail: bbp@telta.de
bbpforum: bbp-forum-subscribe@yahoogroups.de (für Abonnenten)
redaktion: Gerd Markmann
fotografie: Fischer (1), Markmann (3), Triller (4)
druckerei: PS-Verlag · (0 33 34) 21 26 00
redaktionsschluß: 29. Oktober 2005

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck bei Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 3.12.2005, 12 Uhr.